

Jahresbericht



EUROPÄISCHE STIFTUNG
zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Allgemeine Informationen

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen wurde durch die Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates vom 26. Mai 1975 gegründet. Ihr Ziel besteht darin, „zur Konzipierung und Schaffung besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen durch eine Aktion zur Förderung und Verbreitung von Kenntnissen beizutragen, die geeignet sind, diese Entwicklung zu unterstützen. Im Hinblick darauf obliegt es der Stiftung, auf Grund praktischer Erfahrungen die Überlegungen zur mittel- und langfristigen Verbesserung der Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen zu entwickeln und zu vertiefen und Änderungsfaktoren festzustellen“.

Die Finanzmittel der Stiftung sind Teil des allgemeinen Haushalts der Europäischen Kommission; welche Mittel ihr zugewiesen werden, wird im offiziellen Haushaltsverfahren zwischen der Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament entschieden.

Die Stiftung wird von einem Verwaltungsrat geleitet, der aus Vertretern der Regierungen, der Arbeitgeberverbände und der Arbeitnehmerorganisationen aus allen Mitgliedstaaten sowie drei Vertretern der Kommission besteht. Der/die Vorsitzende und die drei stellvertretenden Vorsitzenden werden für die Dauer eines Jahres gewählt und bilden den Vorstand des Verwaltungsrats. Der Verwaltungsrat hält zwei Sitzungen pro Jahr ab, die der Festlegung der Stiftungspolitik, der Billigung des Arbeitsprogramms und der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs dienen. An diesen Sitzungen nehmen außerdem Beobachter des Verbindungsausschusses der Arbeitgeber (AGV) und des Europäischen Gewerkschaftsbundes teil. Jede der drei Hauptgruppen hält außerdem zur Koordination der Strategie eine eigene Jahressitzung ab.

Ein Sachverständigenausschuß, dem vom Rat ernannte Vertreter verschiedener Fachrichtungen angehören, ist für die Beratung des Direktors und des Verwaltungsrats in allen in die Zuständigkeit der Stiftung fallenden Bereichen verantwortlich.

Die Stiftung überprüft ihre Strategie und die zukünftige Orientierung ihrer Arbeit alle vier Jahre und erstellt nach umfassenden Konsultationen ein Turnusprogramm. Auf der Grundlage dieses Vierjahresturnusprogramms werden Jahresarbeitsprogramme festgelegt. Die Programme sind das Ergebnis ausführlicher Beratungen innerhalb und zwischen den einzelnen Gruppen des Verwaltungsrats sowie den Organen der Union. Die an externe Sachverständige und Spezialisten in den verschiedenen Bereichen vergebenen Projekte und Programme werden von Mitarbeitern der Stiftung geleitet und vom Verwaltungsrat evaluiert.

Die den Organen der Gemeinschaft laut Verordnung zu übermittelnden „wissenschaftlichen Kenntnisse und technischen Daten“ sind also das Ergebnis europaweit durchgeführter unabhängiger Forschung zu gemeinsam von den Sozialpartnern, den Regierungen und der Kommission festgelegten und von der Stiftung zusammengefaßten und weiterentwickelten Themen von vorrangiger Bedeutung.

Die Arbeit der Stiftung bewegt sich im öffentlichen Rahmen und ist allen interessierten Parteien zugänglich. Der Verbreitung der Forschungsergebnisse dienen verschiedene Veröffentlichungs- und Seminarprogramme. Die Veröffentlichungen werden für die Stiftung vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften herausgegeben und vom Vertriebsnetz des Amtes in der gesamten Europäischen Union verbreitet. Gratispublikationen können auch von der Website der Stiftung (www.eurofound.ie) heruntergeladen werden.

Anfragen sollten zunächst an das Informationszentrum der Stiftung gerichtet werden:

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen
Wyattville Road
Loughlinstown
Co. Dublin
Ireland
Tel. (353-1) 204 31 00
Fax (353-1) 282 64 56

E-Mail: postmaster@eurofound.ie

Jahresbericht

1999



Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist eine selbständige Einrichtung der Europäischen Union. Sie wurde geschaffen, um die Formulierung der künftigen Arbeits- und Sozialpolitik zu unterstützen. Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Stiftung unter <http://www.eurofound.ie>

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen wurde durch die Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates gegründet. Artikel 2 der Verordnung lautet:

- 1. Die Stiftung hat die Aufgabe, zur Konzipierung und Schaffung besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen durch eine Aktion zur Förderung und Verbreitung von Kenntnissen beizutragen, die geeignet sind, diese Entwicklung zu unterstützen.*
- 2. Im Hinblick darauf obliegt es der Stiftung, auf Grund praktischer Erfahrungen die Überlegungen zur mittel- und langfristigen Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Arbeitsbedingungen zu entwickeln und zu vertiefen und Änderungsfaktoren festzustellen. Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben berücksichtigt sie die Politik der Gemeinschaft in diesen Bereichen und unterrichtet die Organe der Gemeinschaft über die in Betracht kommenden Ziele und Ausrichtungen, indem sie ihnen insbesondere wissenschaftliche Kenntnisse und technische Daten mitteilt.*

Gemäß Artikel 13 Absatz 1 dieser Verordnung ist dem Verwaltungsrat alljährlich ein Gesamtbericht über die Tätigkeit, die Finanzlage und die Zukunftsaussichten der Stiftung zur Billigung vorzulegen. Der vorliegende Bericht für 1999 wurde dem Verwaltungsrat der Stiftung auf seiner 62. Sitzung vom 22. März 2000 vorgelegt und durch ihn gebilligt.

Gemäß Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung wird der vorliegende Bericht den Gemeinschaftsorganen und dem Wirtschafts- und Sozialausschuß zugeleitet.

Jahresbericht



EUROPÄISCHE STIFTUNG
zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Bibliographische Daten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.


Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2000

ISBN 92-828-9515-7

© Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 2000

Für Übersetzungs- und Reproduktionsrechte wenden Sie sich bitte an den Direktor, Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Wyattville Road, Loughlinstown, Co. Dublin, Ireland.

Printed in Ireland

Inhalt

EINLEITUNG	1
DAS ARBEITSPROGRAMM	
Beschäftigung	9
Beschäftigungsoptionen der Zukunft <i>0152</i>	
Arbeitsplätze in Kleinstunternehmen in der Europäischen Union <i>0201</i>	
Tarifverträge zu Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit <i>0211</i>	
Entwicklungen in der Arbeitszeitregelung: <i>BEST 0106</i>	
Die Zukunft der Arbeit in der Informationsgesellschaft <i>0110</i>	
Chancengleichheit	13
Chancengleichheit und Tarifvertragspraxis in den Mitgliedstaaten der EU <i>0166</i>	
Beschäftigung, Familie und Gemeinschaftsaktivitäten: ein neues Gleichgewicht für Frauen und Männer <i>0202</i>	
Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz <i>0215</i>	
Arbeitsorganisation und die Geschlechterfrage <i>0216</i>	
Gesundheit und Wohlergehen	16
Überwachung der Arbeitsbedingungen <i>0156</i>	
Beschäftigungspolitik und Arbeitsbedingungen <i>0203</i>	
Integrationsfördernde Maßnahmen <i>0161</i>	
Mitwirkung	19
Glossare und Datenbank zur Beschäftigung und zu den Arbeitsbeziehungen in Europa <i>0118</i>	

Informations- und Beratungsmaßnahmen in multinationalen Unternehmen 0116	
Soziale Auswirkungen der WWU 0200	
Europäisches Observatorium für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen EIRO 0188	
Art und Umfang finanzieller Beteiligung in der EU 0218	
Sozialer Zusammenhalt	22
Integrierte Ansätze in der aktiven Sozial- und Beschäftigungspolitik 0194	
Qualität des Arbeitslebens und der öffentlichen Sozialdienste 0209	
Nachhaltige Entwicklung	25
Gestalterische Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung 0204	
Wirtschaftspolitische Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung 0205	
Berufsbezogene Bildung für eine nachhaltige Entwicklung im Zusammenhang mit KMU 0206	
Europäische Konferenz der Sozialpartner zum Thema nachhaltige Entwicklung 0213	
Koordination, Austausch, Informationserfassung und -verbreitung	28
Informationsdienste und -systeme 0169	
Programm für mehrsprachige Veröffentlichungen/elektronische Veröffentlichungen 0173	
Werbung und Öffentlichkeitsarbeit 0180	
ANHÄNGE	33
1. Haushaltsplan der Stiftung für 1999	
2. Verwaltungsrat	
3. Sachverständigenausschuß	
4. Bedienstete der Stiftung	
5. Veranstaltungen der Stiftung 1999	
6. Internationale Konferenzen 1999	
7. Veröffentlichungen der Stiftung	




Einleitung

1999 setzte die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ihr 22. Jahresarbeitsprogramm um. Das Programm basierte auf dem Prinzip einer sachdienlichen und praxisorientierten Behandlung von sechs ausgewählten Problemkreisen im Bereich Lebens- und Arbeitsbedingungen, die besonders den Erfordernissen der politischen Entscheidungsträger auf EU-Ebene und den Sozialpartnern gerecht werden sollten.

Aufbauend auf dem Turnusprogramm für 1997-2000, „Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der europäischen Gesellschaft“, ist das Programm folgenden Themen gewidmet: Beschäftigung, Chancengleichheit, Gesundheit und Wohlergehen, Mitwirkung, sozialer Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung. Diese Problemkreise wurden im Rahmen umfangreicher Forschungsprojekte, Diskussionen und Verbreitungsaktivitäten behandelt, die von der Stiftung koordiniert und im gesamten EU-Raum durchgeführt wurden.

Der Schwerpunkt des Programms lag weiterhin im Bereich Beschäftigung. Im Rahmen der Untersuchung qualitativer Aspekte der Beschäftigung sollten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt aus der Perspektive besserer Arbeits- und Lebensbedingungen antizipiert und analysiert werden. Es wurden u.a. folgende Themen behandelt: die Wünsche der Erwerbsbevölkerung, Arbeitsorganisation, die Schaffung von Arbeitsplätzen in KMU, Chancengleichheit, direkte Mitwirkung und Altern im Zusammenhang mit Erwerbstätigkeit. 1999 wurde die Dritte Europäische Erhebung über Arbeitsbedingungen in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse 2000 vorliegen werden. Weiterhin wurde 1999 mit der Analyse der Daten aus der Erhebung über Beschäftigungsoptionen der Zukunft begonnen; ein Teil der Ergebnisse wurde bei den EU-Ministertagungen in Helsinki und Stockholm sowie im Rahmen umfangreicher Pressekampagnen vorgestellt.

Die Stiftung leistete während der EU-Präsidentschaft Deutschlands und Finnlands wichtige Beiträge zu einer Reihe von Themen. In Finnland wurde zusammen mit den finnischen Ministerien für Soziales und Gesundheit, Arbeit und Unterricht sowie mit der Sozialversicherungsanstalt und der Pensionsversicherung eine Konferenz über Beschäftigung und Altern organisiert, bei der ein integrierter Ansatz hinsichtlich politischer Maßnahmen zur

Erhöhung der Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer untersucht wurde. Der von der Stiftung veröffentlichte Konferenzbericht wurde in ganz Europa vorgestellt und stellt ein wichtiges Dokument im Bereich politischer Ansätze zum Umgang mit einer alternden Erwerbsbevölkerung dar.

Aufgrund ihrer Erfahrung mit Forschungsprojekten im Bereich Arbeitsorganisation war die Stiftung gemeinsam mit anderen Einrichtungen Gründungsmitglied von EWON (Europäisches Netzwerk für Arbeitsorganisation), das von der Kommission ins Leben gerufen wurde, um die in der Beschäftigungsstrategie beschriebene Säule der Anpassungsfähigkeit gemäß der Mitteilung *Modernisierung der Arbeitsorganisation, ein positiver Ansatz zur Veränderung* umzusetzen. Die 6. Europäische Konferenz zur Ökologie der Arbeit wurde während der deutschen Präsidentschaft in Bonn abgehalten. Im Rahmen von etwa 20 gemeinsamen Präsentationen von Unternehmen und Arbeitnehmern wurden dabei innovative Ansätze zur Arbeitsorganisation und deren Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehungen untersucht. In Verbindung mit der Konferenz wurde auch eine EWON-Tagung abgehalten.

Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung werden neue Fertigkeiten und Qualifikationen als wesentlich erachtet: Aus- und Weiterbildung im Bereich Umweltschutz und Nachhaltigkeit ist eine der fünf Prioritäten des Fünften Aktionsprogramms für den Umweltschutz der EU. Die Stiftung unterstrich die Bedeutung dieses Themas durch die Veranstaltung einer Konferenz über die Rolle der Sozialpartner in der nachhaltigen Entwicklung. Der Schwerpunkt der von der Stiftung in diesem Bereich durchgeführten Arbeit liegt in der Erfüllung der derzeitigen und zukünftigen Umwelterfordernisse seitens der Klein- und Mittelbetriebe.

Chancengleichheit wurde in allen Projekten der Stiftung, in denen ein entsprechender Bezug möglich ist, berücksichtigt. Im Jahr 1999 wurden die Erkenntnisse der Stiftung im Bereich Tarifverhandlungen und Chancengleichheit gemeinsam mit der Europäischen Kommission in einer Reihe von Foren, wie dem EGB, dem Europäischen Soziologenverband und dem französischen Außenministerium, präsentiert. Wertvolle neue Daten über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus der Erhebung über Beschäftigungsoptionen wurden analysiert und im Rahmen von Konferenzen, Vorträgen und Pressemitteilungen verbreitet.

Der Informationsaustausch mit mittel- und osteuropäischen Ländern wurde 1999 fortgesetzt. Vertreter der Gewerkschaften, Regierungen, Arbeitgeber sowie Wissenschaftler nahmen an zwei von der Stiftung in Dublin organisierten Seminaren über die Rolle der Sozialpartner und der Regierungen bei der Schaffung von Möglichkeiten für sozialen Dialog und Chancengleichheit teil. Ergänzend dazu hat die Stiftung auch Informationsunterlagen für die wichtigsten sozialen Akteure in der Tschechischen Republik, Estland, Ungarn, Polen und Slowenien in der jeweiligen Landessprache vorbereitet. Diese Dossiers konzentrieren sich auf vier Bereiche, die in diesen Ländern besondere Anliegen darstellen: Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, die Gleichbehandlung von Frauen und Männern, den sozialen Dialog und Fragen des Arbeitsrechts.

Gemeinsam mit der Kommission und der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) arbeitet die Stiftung an einem Projekt über die Entwicklung der Telearbeit in einem globalen Kontext, wobei sich Stiftung und Kommission auf Europa konzentrieren und die IAO den Rest der Welt beleuchtet. Im Rahmen ihres Programms organisierte die Stiftung einen Workshop zum Thema „Grenzüberschreitende Telearbeit – Versuch der Formulierung einer internationalen Forschungsagenda“.

Von zentraler Bedeutung war im Jahr 1999 auch die Verbesserung der Verbreitungsinstrumente der Stiftung, die die Forschungs- und Diskussionsaktivitäten ergänzen. Es wurden große Anstrengungen zur Erhöhung der elektronischen Kapazität unternommen, damit die Stiftung dem wachsenden Informationsbedarf gerecht werden kann. So wurde z. B. die Website der



Stiftung ausgebaut, eine „Ressourcen-Datenbank“ eingerichtet und EIROnline, die Datenbank über Arbeitsbeziehungen, weiterentwickelt.

Die Arbeit der Stiftung hinsichtlich der Analyse von Abkommen über Europäische Betriebsräte wurde auf einer großen Konferenz vorgestellt, die von den Sozialpartnern in Zusammenarbeit mit der Kommission veranstaltet wurde. Daten über bestehende Abkommen können nun Online über die Website der Stiftung abgerufen werden. Damit wurde eine frei zugängliche, wertvolle Informationsquelle für Unternehmen und Arbeitnehmer eingerichtet. Wie die zahlreichen Berichte in diversen europäischen Zeitungen und Zeitschriften zeigen, hat diese Entwicklung sehr positive Reaktionen ausgelöst.

Die Benutzerzahlen für die Website und EIROnline weisen 1999 ein signifikantes Wachstum dieser elektronischen Tore zur Arbeit der Stiftung auf: Die Website der Stiftung verzeichnete 84 031 Benutzersitzungen, 4 578 Dokumente wurden heruntergeladen; bei EIROnline gab es 91 372 Benutzersitzungen.

Im Lauf des Jahres gab es eine enge Zusammenarbeit mit den Diensten der Kommission, einer Reihe von Einrichtungen auf EU-Ebene und den Sozialpartnern. Einzelheiten dieser Zusammenarbeit sind in den Beschreibungen der Tätigkeit für 1999 im Rahmen der einzelnen Problemkreise zu finden. Im November sprach sich Eric Verborgh vor dem Ausschuß für Soziale Angelegenheiten und Beschäftigung des Europaparlaments für einen weiteren Ausbau der Beziehungen zwischen der Stiftung und dem Ausschuß aus. Die Stiftung nahm im Laufe des Jahres an einer Reihe wichtiger, von den EU-Präsidentschaften und anderen Organisationen veranstalteten Konferenzen teil, u. a. an dem im Juni in Helsinki abgehaltenen EGB-Kongreß. Ferner organisierten die Vertretungsbüros der Europäischen Kommission in Finnland, Frankreich, Deutschland und Schweden für die Stiftung im Lauf des Jahres mehrere Pressetermine. Mit der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz wurden bilaterale Kontakte gepflegt, um gegenseitige Ergänzung und Synergie zu fördern und eine Überschneidung der Tätigkeiten zu vermeiden.

Die Stiftung setzte ihre Zusammenarbeit mit anderen EU-Einrichtungen und Agenturen hinsichtlich der Entwicklung und Verwendung eines neuen Buchhaltungssystems fort, das auf dem von der Europäischen Kommission verwendeten System Si2 basiert.

Die Stiftung hat während der ersten drei Jahre des Turnusprogramms für 1997-2000 erstmals eine systematische Bewertung ihrer Arbeit durchgeführt. Dies stellte den ersten Schritt im Hinblick auf eine ständige Überprüfung der Ergebnisse und Produkte der Stiftung im Zusammenhang mit ihrem Auftrag dar.

Agenturen und Institutionen, die EU-Mittel erhalten, führen vermehrt eine Bewertung der Ergebnisse und Auswirkungen ihrer Programme durch. Eine derartige Bewertung soll als Strategie zur Erhöhung von Transparenz und Verantwortlichkeit in der nicht allzu fernen Zukunft für alle von der EU unterstützten Initiativen zwingend vorgeschrieben sein. Die Stiftung reagiert auf diese Entwicklung mit einem eigenen Bewertungsprozeß, der auf die spezifischen Ziele und auf die Arbeit der Stiftung zugeschnitten sein wird. Die diesbezügliche Arbeit begann im Mai 1999, nachdem der Verwaltungsrat eine Zwischenbewertung des derzeitigen Arbeitsprogramms, *Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der europäischen Gesellschaft: Programm für 1997-2000*, gefordert hatte, die die Erfahrungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Arbeitsprogramms zwischen 1997 und 1999 festhalten sollte. Eine kritische Bewertung dieser Erfahrungen wird ein wichtiges Element bei der Gestaltung des zukünftigen Vierjahres-Turnusprogramms darstellen.

Aufgrund der diesbezüglichen Bitte des Verwaltungsrates beauftragte die Stiftung eine direkt der Direktion unterstellte Mitarbeiterin mit der Koordinierung des Bewertungsverfahrens, und zwar sowohl hinsichtlich der unmittelbaren Zwischenbewertung als auch hinsichtlich der

längerfristigen Bewertung in der Stiftung, was der zentralen Bedeutung der Bewertung sämtlicher Aktivitäten der Stiftung Ausdruck verleiht.

Berichterstatter (Forschungsleiter) führten die Zwischenbewertung für die einzelnen Problemkreise und für zwei weitere wichtige Arbeitsbereiche, die sich im Lauf des derzeitigen Programms herauskristallisiert haben – Arbeitsorganisation und EIRO –, durch. Die Berichterstatter wurden gebeten, die wichtigsten Erkenntnisse aus Studien und Projekten, die seit 1997 durchgeführt und verbreitet wurden, sowie die Hauptprodukte (Publikationen, Datenbanken, Diskussionen, Konferenzen usw.) und Beispiele wichtiger Ergebnisse und Leistungen zu ermitteln.

Die Zwischenbewertung wurde Ende des Jahres abgeschlossen und läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: „Es ist anzumerken, daß ein Großteil der Forschungs- und Informationsfunktion die Innovation und den Erfahrungsaustausch innerhalb der EU unterstützt. Die Arbeit der Stiftung macht weiters deutlich, wie mit einem Ansatz der Zusammenarbeit/Partnerschaft gemeinsam mit den wichtigsten sozialen Akteuren eine erfolgreiche Politik hinsichtlich Lebens- und Arbeitsbedingungen betrieben werden konnte. Das Fachwissen der MitarbeiterInnen der Stiftung wird geschätzt und umfassend genutzt, was aus den Produkten und Ergebnissen des Programms ersichtlich ist.“

Der Bewertungsprozeß findet nicht isoliert von anderen Entwicklungen in der Stiftung statt; er hängt untrennbar mit einem in der zweiten Jahreshälfte durchgeführten Managemententwicklungsprogramm und mit Vorschlägen zur Einführung einer besser strukturierten Leistungsbeurteilung zusammen. Eine Bewertungs„kultur“ wird sich in der Stiftung zwar nicht über Nacht einführen lassen, im Lauf dieses Jahres wurde jedoch das Fundament für ein besser strukturiertes, umfassenderes und fortlaufendes Bewertungsverfahren gelegt. Dieses Verfahren wird für die Stiftung zahlreiche Vorteile mit sich bringen: Es soll unter anderem zur Weiterentwicklung des Arbeitsprogramms und zur besseren Koordinierung von Tätigkeiten und Programmenthemen beitragen.

Hinsichtlich ihres zukünftigen Beitrags hat die Stiftung einen Konsultations- und Diskussionsprozeß über die Ausarbeitung ihres neuen Turnusprogramms für 2001-2004 begonnen. Dieses Vorbereitungsverfahren wurde sowohl für Endverbraucher als auch für unabhängige Fachleute zugänglich gemacht. Delegierte des Verwaltungsrates und Mitarbeiter der Kommission sowie Vertreter verschiedener Organisationen und Fachleute in den wichtigsten Tätigkeitsbereichen der Stiftung nahmen an „Brainstorming-Seminaren“ im November und Dezember teil, bei denen neue Themen ermittelt, die Kommunikationsstrategie der Stiftung untersucht und Möglichkeiten einer stärkeren Einbeziehung bei der Ausarbeitung von Politiken auf EU-Ebene gefunden werden sollten. Bei den Seminaren wurden die Kernbereiche der von der Stiftung durchgeführten Arbeit hinsichtlich Lebensbedingungen, Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen beleuchtet.

Das Jahr 1999 war für die Stiftung eine Übergangsperiode, in der wichtige Veränderungen hinsichtlich Personal- und Organisationsstruktur stattfanden. Clive Purkiss trat nach vierzehnjähriger Amtszeit als Direktor in den Ruhestand, und Eric Verborgh leitete die Stiftung interimsmäßig als geschäftsführender Direktor. Der Leiter der Abteilung für Information, Dokumentation und Verbreitung, Norman Wood, verstarb im Juni nach langer Krankheit. Anfang Juni verlieh ihm das Institute of Information Scientists (IIS) in Anerkennung seines Beitrags zur Entwicklung der Informationswissenschaft die Ehrenmitgliedschaft. Eberhard Köhler wurde zum Leiter der operationellen Dienststelle ernannt, und Wendy O’Conghaile wurde Beraterin der Direktion, die in erster Linie für Fragen der Bewertung zuständig ist. Die Übersetzungsabteilung wurde umstrukturiert und durch einen Sprachendienst ersetzt; der Großteil der in der Stiftung anfallenden Übersetzungen wird nun vom Übersetzungszentrum in Luxemburg durchgeführt.



Timo Kauppinen, der seit 1997 als abgesandter nationaler Sachverständiger des finnischen Arbeitsministeriums in der Stiftung tätig war, wurde zum Forschungsleiter ernannt. Agnès Parent-Thirion, Jean-Michel Miller und Stavroula Demetriades traten als ForschungsleiterInnen in die Stiftung ein. Der Rat der Europäischen Union nominierte im Oktober einen neuen Sachverständigenausschuß.

Der Verwaltungsrat der Stiftung hielt im März und November Plenarsitzungen ab, und die einzelnen Gruppen trafen sich Mitte des Jahres jeweils zu einer weiteren Sitzung. Jan Willem van den Braak von der Arbeitgebergruppe fungierte weiterhin als Vorsitzender des Verwaltungsrates; die stellvertretenden Vorsitzenden sind Marjaana Valkonen (Arbeitnehmergruppe), Marc Boisnel (Regierungsgruppe) und Odile Quintin (Europäische Kommission).

Das Turnusprogramm für 1997-2000 stellte den Rahmen für das Forschungsprogramm im Jahr 1999 dar. Verwaltungstechnisch gesehen wurde die Arbeit in Form von Projekten durchgeführt, wobei die Projekte jedoch so ausgelegt waren, daß sie jeweils Beiträge zu mindestens einem Problemkreis des Programms leisten. Nachfolgend sind die Grundzüge der 1999 durchgeführten Arbeit dargestellt.

■ Das Arbeitsprogramm





Problemkreis

Beschäftigung

Kontext

Europa sieht sich derzeit einer großen Herausforderung gegenüber bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie im Bereich Beschäftigungsstrukturen und soziale Ausgrenzung vor dem Hintergrund starker budgetärer Einschränkungen und eines weltweit steigenden Wettbewerbs. Der Steigerung der Beschäftigungsraten kommt in Europa nach wie vor höchste Priorität zu.

Eine solche Herausforderung sollte nicht ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen werden. Wirtschaftswachstum geht heutzutage Hand in Hand mit tiefgreifenden Veränderungen im Bereich Arbeitsbedingungen, Beschäftigungsstatus, Arbeitnehmerbeteiligung, Arbeitsmarktorganisation und Sozialschutz. Es bedarf gemeinsamer Analysen, um so fundamentale Aspekte zu beleuchten wie die Auswirkung von Beschäftigung auf die Gesundheit, die Qualität neu geschaffener Arbeitsplätze, die Umverteilung von Zeiten, die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, Veränderungen im Bereich Aus- und Weiterbildung, Strategien für eine stärkere soziale Integration sowie eine aktive und koordinierte Beschäftigungspolitik.

Die Stiftung führte 1999 umfangreiche Forschungsaktivitäten in diesem Bereich durch. Aufbauend auf den Perspektiven des Vierjahres-Turnusprogramms für 1997-2000 sowie den „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“ der EU für 1997, leisteten die Forschungsprojekte in folgenden Bereichen spezifische Beiträge:

- Beschäftigungsoptionen der Zukunft (0152);
- Arbeitsplätze in Kleinstunternehmen in der Europäischen Union (0201);
- Entwicklungen in der Arbeitszeitregelung (0106);
- Tarifverträge zu Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit (0211);
- die Zukunft der Arbeit in der Informationsgesellschaft (0110).

Einige dieser Projekte sind bereits abgeschlossen; bei anderen werden noch weitere Ergebnisse erwartet bzw. sind Publikationen geplant. Die Ergebnisse der Forschungsprojekte wurden im gesamten EU-Raum verbreitet. Die Resultate wurden auch einer Gruppe von Experten der Kommission (Direktion für Beschäftigung der GD Beschäftigung und Soziales) präsentiert, die

sehr positive Reaktionen zeigten und versprachen, diese Ergebnisse bestmöglich zu nutzen. In den Vertretungsbüros der Kommission in Deutschland, Finnland und Schweden wurden drei von Fachkommentatoren und Experten besuchte Pressekonferenzen abgehalten, bei denen die Ergebnisse der Erhebung über Beschäftigungsoptionen präsentiert wurden.

Zielsetzungen, Inhalt und vorläufige Ergebnisse der Forschungstätigkeit über Arbeitsplätze in Kleinstunternehmen in der EU wurden im Rahmen eines von der Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Schwedischen Institut für das Arbeitsleben organisierten Workshop vorgestellt und diskutiert. Die Endergebnisse werden auf der im Januar 2001 in Schweden stattfindenden „Work Life“-Konferenz vorgestellt.

Beschäftigungsfragen sind auch fester Bestandteil der Forschungsaktivitäten in den übrigen Problemkreisen. So gab es umfangreiche Forschungstätigkeit im Bereich der Weiterbeschäftigung, Umschulung und Reintegration älterer Arbeitnehmer. Als Beitrag der Stiftung zu dem von den Vereinten Nationen ausgerufenen Jahr einer Gesellschaft für alle Altersgruppen und im Zusammenhang mit der Beschäftigungsstrategie der EU wurde zusammen mit Ministerien, Pensionsversicherungen und Sozialversicherungseinrichtungen in Finnland eine große Konferenz organisiert.

Im Rahmen dieser in Helsinki abgehaltenen Konferenz über aktive Strategien angesichts einer alternden Erwerbsbevölkerung wurden Entwicklung, Durchführung und Evaluierung von Strategien zur Förderung einer größtmöglichen Mitwirkung, Leistung und Produktivität älterer Arbeitnehmer untersucht. Die Stiftung hat einen Konferenzbericht veröffentlicht, der auf der von der Kommission im November in Brüssel veranstalteten Konferenz über aktives Altern vorgestellt wurde.

Die Stiftung wird weiterhin umfangreiche Forschungsaktivitäten (sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht) in diesem Bereich durchführen und dabei besonderes Augenmerk auf die Koordination bestehender Daten und eine engere Zusammenarbeit mit anderen europäischen Einrichtungen (GD Beschäftigung und Soziales und Forschung der Europäischen Kommission, Wirtschafts- und Sozialausschuß, Europäisches Parlament, Europäische Sozialpartner usw.) richten. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei atypischen Beschäftigungsformen (z. B. Zeitarbeit), der Arbeitsmarktbeteiligung, derzeitigen und zukünftigen Arbeitszeitmodellen und Fragen der Chancengleichheit gewidmet sein.

Zusammenfassung der Tätigkeit 1999

Beschäftigungsoptionen der Zukunft 0152

Die Befragung über Beschäftigungsoptionen der Zukunft wurde vor zwei Jahren in den 15 Mitgliedstaaten und Norwegen begonnen und stellt eine wesentliche Erhebung über das Arbeitskräftepotential dar. Es werden darin sowohl bestehende Arbeitsverhältnisse als auch Beschäftigungsabsichten (bis zu fünf Jahre in die Zukunft vorausschauend) analysiert, wobei Themen wie Beschäftigungsformen, Arbeitszeitmodelle, Unterschiede hinsichtlich Alter und Geschlecht usw. behandelt werden.

Im vergangenen Jahr wurden umfassende Berichte über „Arbeitsmarktbeteiligung“, „Alter und Geschlecht“, „Schnittstelle Familie und Beruf“, „Arbeitszeit und Arbeitsraum“ sowie „Selbständigkeit“ ausgearbeitet. In der Analyse wurden vier Zielgruppen untersucht: derzeit beschäftigte Personen, BerufsrückkehrerInnen (nach einer Berufsunterbrechung), junge BerufseinsteigerInnen sowie derzeit erwerbslose Personen. Die vorliegenden Daten unterstreichen unter anderem, daß Arbeitszeitregelungen ein sehr wichtiges Anliegen der



Erwerbsbevölkerung darstellen; dies trifft sowohl auf die derzeit Beschäftigten als auch auf jene Personen zu, die auf den Arbeitsmarkt zurückkehren möchten.

Arbeitsplätze in Kleinstunternehmen in der Europäischen Union 0201

Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist eine Priorität der EU, und Kleinstunternehmen (1-9 Beschäftigte) sind eine der wichtigsten Quellen neuer Arbeitsplätze. Über die Art dieser Arbeitsplätze und die damit verbundenen Arbeitsbedingungen ist jedoch sehr wenig bekannt. Dieses Projekt soll politischen Entscheidungsträgern und anderen Akteuren die nötigen Informationen liefern, um geeignete Maßnahmen auszuarbeiten und umzusetzen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze in Kleinstunternehmen und der Erzielung einer höheren Erfolgsrate und größerer Nachhaltigkeit in diesen Unternehmen unterstützen.

Im Rahmen des Forschungsprojekts soll die Beziehung zwischen Quantität und Qualität dieser Arbeitsplätze untersucht werden. Diese Informationen können zu einem besseren Verständnis der Nachhaltigkeit dieser Arbeitsplätze sowie des Bedarfs an spezifischen unterstützenden Maßnahmen für Kleinstunternehmen beitragen. 1999 wurde mit einer vergleichenden Studie begonnen, die die Situation in den Kleinstunternehmen in Frankreich, Griechenland, Schweden und dem Vereinigten Königreich untersucht. Weiterhin werden im Rahmen dieses Projekts Daten aus der von der Stiftung 1996 durchgeführten Erhebung über Arbeitsbedingungen herangezogen. Die Ergebnisse aus dem Projekt werden im Lauf des Jahres 2000 vorliegen.

Tarifverträge zu Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit 0211

Im Rahmen der EU-Beschäftigungsstrategie wurden in vielen Mitgliedstaaten auf nationaler, sektoraler sowie auf Unternehmens- und Betriebsebene eine Reihe von Tarifverträgen mit einem partnerschaftlichen Ansatz geschlossen, die die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und gleichzeitig das Beschäftigungsniveau bewahren wollen. Sie enthalten eine Reihe allgemeiner Prinzipien, wie z. B. Garantien über das Beschäftigungsniveau im Austausch für Flexibilität bei einer Reihe von Fragen.

Die Stiftung hat diese Verträge auf sektoraler und insbesondere auf Unternehmens- bzw. Betriebsebene untersucht und nennt sie Bündnisse für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit. 1999 wurde ein Papier veröffentlicht, in dem diese Schlüsselbegriffe untersucht, ein analytischer Rahmen geschaffen und die Bündnisse definiert werden.

Es wurden über 40 Fallstudien in den Mitgliedstaaten durchgeführt und Berichte über den nationalen Kontext in diesen Ländern ausgearbeitet. Diese wurden analysiert, und in der Folge wurden zwei Berichte erstellt: ein Vergleich der Fallstudien und eine vergleichende Übersicht über die jeweiligen Trends in den einzelnen Mitgliedstaaten. Diese Dokumente wurden im Dezember 1999 im Rahmen eines Workshops mit Vertretern der Europäischen Kommission, der Sozialpartner, der Regierungen und anderen Experten diskutiert.

Entwicklungen in der Arbeitszeitregelung: BEST 0106

Die Abstimmung zeitlicher Regelungen hat in der Städteplanung und in Arbeitszeitstudien als Möglichkeit zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen neue Bedeutung erlangt. Angesichts dieser Entwicklung wurde die von der Stiftung zu Beginn der 90er Jahre herausgegebene Zeitschrift *BEST* (Bulletin of European Studies on Time – Bulletin über europäische Zeitstudien) 1999 erneut ins Leben gerufen. Diese neu aufgelegte Zeitschrift ist umfassender und hat eine zweimal jährlich erscheinende Beilage in Form eines Nachrichtenblattes (*On Time*). *BEST* soll ein Forum für die laufende Diskussion über Zeitfragen darstellen. Die Zeitschrift ist auch Online über www.eurofound.ie erhältlich.

Die Zukunft der Arbeit in der Informationsgesellschaft 0110

1999 lag der Schwerpunkt der Stiftung in diesem Bereich auf der Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation, in deren Rahmen grenzüberschreitende Anwendungen neuer Informationstechnologien untersucht wurden (Telearbeit außerhalb der Landesgrenzen, internationale Auslagerung).

In Vorbereitung der schwedischen Präsidentschaft organisierte die Stiftung zusammen mit dem schwedischen Amt für industrielle und technische Entwicklung einen Workshop mit dem Titel „Telearbeit – Arbeitsmarkt, Gesundheit und Wohlergehen“, der im November 1999 in der Stiftung abgehalten wurde. Dabei wurden die Themen grenzüberschreitende Telearbeit, Telearbeit und Gesundheit und Sicherheit in den Unternehmen sowie Telearbeit, Arbeitsrecht und soziale Sicherheit untersucht.



Problemkreis

Chancengleichheit

Kontext

Chancengleichheit bildet die vierte Säule der beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU, wobei diese Politik auch in die übrigen Säulen integriert werden sollte. Die Stiftung hat diese Forderung in Form von Mainstreaming und aktiven Maßnahmen in ihr Programm über Chancengleichheit eingebaut. Mainstreaming bedeutet, ein Bewußtsein für Gleichbehandlung in alle Strategien einfließen zu lassen und Gleichbehandlungsfragen in allen Tätigkeitsbereichen zu berücksichtigen.

Im Programm werden drei Hauptziele verfolgt: die Evaluierung von Strategien zur Förderung der Chancengleichheit in der Praxis, die Untersuchung der Hindernisse und des Potentials für eine bessere Mitwirkung bei Entscheidungsfindungsprozessen sowie die Analyse der Auswirkungen der Informationsgesellschaft, der Europäischen Währungsunion und des Wandels am Arbeitsmarkt auf die Chancengleichheit aller diskriminierten Gruppen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Geschlechterfragen; Themen im Zusammenhang mit Rasse, Alter und Behinderungen werden jedoch ebenfalls behandelt.

Die seit 1994 untersuchte Rolle der Tarifverhandlungen bei der Förderung der Chancengleichheit sowie deren Potential und Grenzen sind ein relativ neues Interessengebiet der europäischen Sozialpartner und der Europäischen Kommission. Dieser Bereich wurde früher hauptsächlich durch gesetzliche Regelungen auf europäischer oder einzelstaatlicher Ebene bestimmt. Die Forschungsarbeit der Stiftung hat jedoch das Potential für Tarifverhandlungen bei der Durchsetzung von Chancengleichheit in den Arbeitsbeziehungen aufgezeigt, und sie hat auch einen Beitrag zum laufenden EU-Aktionsprogramm für Chancengleichheit im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern in Entscheidungsfindungsprozessen geleistet.

Es hat sich gezeigt, daß es in der EU in Bereichen wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Reihe guter und innovativer „gleichheitsbewußter“ Verträge gibt. Die Stiftung hat nachahmenswerte Beispiele herausgearbeitet und auch die Rolle der Sozialpartner bei der Schaffung eines für Geschlechterfragen sensibilisierten Arbeitsmarktes beleuchtet.

Die Ergebnisse der Forschung wurden weiterhin vom Frauenausschuß des EGB im Zuge einer Informationskampagne innerhalb des EGB verwendet sowie für Ausbildungsunterlagen, mit deren Hilfe Gewerkschaftsverhandler für Geschlechterfragen sensibilisiert werden sollen.

Gemäß ihrer Mainstreaming-Politik maß die Stiftung Geschlechterfragen im Jahr 1999 auch außerhalb dieses spezifischen Problemkreises große Bedeutung bei: Beispiele dafür sind die Projekte über Beschäftigungsoptionen der Zukunft, integrierte Ansätze in der aktiven Sozial- und Beschäftigungspolitik, Überwachung der Arbeitsbedingungen und die Konferenz über aktive Strategien angesichts einer alternden Erwerbsbevölkerung.

Einige der wichtigsten Ergebnisse der Erhebung über Beschäftigungsoptionen wurden bei einer Ministerkonferenz zum Thema Chancengleichheit und Beschäftigung während der finnischen Präsidentschaft vorgestellt. Weiterhin wurde die Arbeit der Stiftung im Bereich Chancengleichheit, mit besonderer Betonung auf Geschlecht und Alter, während eines im Jahr 1999 von der Stiftung abgehaltenen Seminars über den Informationsaustausch mit mittel- und osteuropäischen Ländern präsentiert. Die Stiftung veranstaltete auch eine Konferenz über Geschlechterfragen und Arbeitsorganisation, bei der die Ergebnisse des Berichts über die geschlechtsspezifische Dimension direkter Beteiligung im organisatorischen Wandel untersucht wurden.

Zusammenfassung der Tätigkeit 1999

Chancengleichheit und Tarifvertragspraxis in den Mitgliedstaaten der EU 0166

Die Forschung der Stiftung hat gezeigt, daß Tarifverhandlungen ein sehr wichtiges Instrument zur Stärkung und Durchsetzung von Chancengleichheit darstellen können, und sie hat Möglichkeiten zur Verbesserung und Modernisierung des Tarifverhandlungsprozesses dargelegt. Das vor fünf Jahren begonnene Forschungsprojekt der Stiftung trat 1999 in die Abschlußphase. Experten in den 15 Mitgliedstaaten suchten und analysierten Abkommen, die das Potential zur Förderung von Chancengleichheit beinhalten; daneben wurden die Verfahren zur Erzielung dieser Abkommen untersucht.

1999 wurde der Endbericht *Chancengleichheit stärken und integrieren durch Tarifverhandlungen* in elf Sprachen veröffentlicht. Dabei handelt es sich um eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse, die gemeinsam mit der GD für Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission ausgearbeitet wurde. Insbesondere zielt der Bericht darauf ab, die Ergebnisse des Projekts mit den Beschäftigungspolitischen Leitlinien zu verknüpfen.

Der Schwerpunkt der Arbeit lag 1999 auf der Verbreitung der Resultate aus dem Projekt. Die Ergebnisse wurden einem breit gestreuten Publikum in Europa präsentiert, u. a. den Teilnehmern des EGB-Kongresses in Helsinki und der von der Europäischen Kommission gemeinsam mit dem französischen Außenministerium veranstalteten Konferenz „Men and Women in Power“ sowie dem Europäischen Soziologenverband.

Beschäftigung, Familie und Gemeinschaftsaktivitäten: ein neues Gleichgewicht für Frauen und Männer 0202

Die acht an der Studie über „neue Arbeitsplätze“ im hauswirtschaftlichen Dienstleistungsbereich beteiligten Länder (Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich, Portugal und das Vereinigte Königreich) legten 1999 ihre einzelstaatlichen Berichte vor; damit ist die erste Phase des Projekts abgeschlossen.



Bei einer im Dezember abgehaltenen Sitzung erörterten die Forscher die sich aus den Studien ergebenden Schlußfolgerungen und Empfehlungen sowie deren politische Auswirkungen und die Struktur des zusammenfassenden europäischen Berichts. Es wurden die wichtigsten Ergebnisse im Zusammenhang mit der Schaffung von Arbeitsplätzen im Haushalt, mit den dort Beschäftigten und ihren Arbeitsbedingungen sowie erfolgreiche Beispiele im hauswirtschaftlichen Dienstleistungssektor dargestellt. Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern und Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Gemeinschaftsaktivitäten stellen einen fixen Bestandteil der Studie dar.

Der zusammenfassende europäische Bericht soll in der ersten Hälfte des Jahres 2000 erstellt werden. Darin werden Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, der Qualität der Arbeit und der Dienstleistungen in diesem Bereich angeführt sein. Das der Forschung zugrunde liegende Hintergrundpapier wurde veröffentlicht und Interessierten zur Verfügung gestellt. Es umreißt die wichtigsten Entwicklungen im Bereich entsprechender EU-Politiken, untersucht Veränderungen in den Tagesabläufen von Männern und Frauen, erörtert das Potential für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und untersucht derzeit bestehendes Informationsdefizit in diesem Bereich.

Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz *0215*

Dieses Projekt baut auf den Ergebnissen des Projekts über die Tarifvertragspraxis und auf der Zweiten Europäischen Erhebung über Arbeitsbedingungen auf und will praktische Maßnahmen zur Förderung von Chancengleichheit auf Unternehmensebene ermitteln. Es umfaßt sieben EU-Mitgliedsländer: Finnland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Spanien, das Vereinigte Königreich und Deutschland.

Gleichstellungspläne von Unternehmen werden auf ihre Auswirkung auf die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz hin untersucht. Ferner sollen die Möglichkeiten zur Entwicklung eines „Gleichstellungsbarometers“ geprüft werden, mit dessen Hilfe das Unternehmen in seiner Gesamtheit beurteilt werden kann, so z. B. auch die Einrichtungen zur Kinderbetreuung, die betrieblichen Sozialleistungen und die Atmosphäre am Arbeitsplatz. Die wichtigste Phase des Projekts erfolgt mit der Erstellung der sieben einzelstaatlichen Berichte und des zusammenfassenden Berichts im Jahr 2000.

Arbeitsorganisation und die Geschlechterfrage *0216*

Aufbauend auf dem EPOC-Projekt führte die Stiftung eine Sekundäranalyse der 5 800 Antworten auf die Arbeitsplatzerberhebung durch; weiterhin wurde der Zusammenhang zwischen verschiedenen Formen der direkten Beteiligung, Arbeitsorganisation und den Möglichkeiten zur Förderung von Chancengleichheit am Arbeitsplatz untersucht. 1999 wurde ein Bericht veröffentlicht.

Der Bericht und diese Ergebnisse bildeten die Diskussionsgrundlage für eine im September 1999 in der Stiftung abgehaltene Konferenz. Eines der wichtigsten Resultate dieser Konferenz war die Erkenntnis, daß die Säule Anpassungsfähigkeit Möglichkeiten zur Förderung von Chancengleichheit am Arbeitsplatz beinhaltet, indem die Ziele der in den Beschäftigungspolitischen Leitlinien beschriebenen Säule Chancengleichheit mittels Arbeitsorganisation vorangetrieben werden.



Kontext

Die Arbeit der Stiftung im Bereich Gesundheit und Wohlergehen konzentriert sich auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen. Durch ihre Tätigkeit in diesem Bereich konnte die Stiftung erreichen, daß der Qualität des Arbeitslebens ein größerer Stellenwert auf der politischen Tagesordnung eingeräumt wurde. Die Arbeitsbedingungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Erwerbstätigen. In ihrer Forschung untersucht die Stiftung diesen zunehmend komplexen Zusammenhang: Sie prüft, wie sich die Umstrukturierung von Unternehmen und das Altern der Erwerbsbevölkerung auf das Leben der Europäer auswirken.

Technische Entwicklungen und veränderte Produktions- und Beschäftigungsmodelle erfordern eine Umgestaltung der Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitsgesundheit in Europa. Maßnahmen, die auf eine Industriegesellschaft zugeschnitten sind, müssen an die postindustrielle Gesellschaft angepaßt werden. Die Veränderungen in den Arbeitsbedingungen werden von der Stiftung fortlaufend beobachtet; sie untersucht in diesem Zusammenhang die Arbeitsorganisation, Arbeitszeitmodelle und Variablen wie Beschäftigungsstatus, Geschlecht und Alter. Damit sollen Risiken sowie Gruppen gefährdeter ArbeitnehmerInnen ermittelt, neue Indikatoren zur Überwachung von Trends untersucht und neue Ansätze zur Verhinderung von Risiken dargestellt werden.

1999 wurde die Dritte Europäische Erhebung über Arbeitsbedingungen in Auftrag gegeben, die im Lauf des Jahres 2000 durchgeführt werden soll. Die ermittelten Daten werden dann mit den Umfrageergebnissen aus den Jahren 1991/92 und 1995/96 verglichen. Diese Erhebungen leisten auch einen wesentlichen Beitrag zu einer Reihe anderer Projekte über Arbeitszeit, die Förderung der Chancengleichheit, die Überalterung der Erwerbsbevölkerung und die Informationsgesellschaft.

Auf dem europäischen Arbeitsmarkt wird ein merklicher Anstieg der nichtpermanenten Arbeitsverhältnisse verzeichnet (sowohl Zeit- und Leiharbeit als auch befristete



Arbeitsverhältnisse). Die Stiftung untersucht die Auswirkungen dieser Beschäftigungsformen und beleuchtet die Beziehung zwischen der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Qualität der Arbeit sowie die Faktoren, die bei der Verbesserung der Arbeitsqualität in befristeten Beschäftigungsverhältnissen zu beachten sind.

Das Arbeitsprogramm soll Beiträge zu den folgenden EU-Initiativen leisten: zum Sozialpolitischen Aktionsprogramm der Europäischen Kommission (1998-2000), dem Programm der Kommission zur Verbesserung von Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (1996-2000) und zu den Beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU. Die Arbeit der Stiftung wird mit der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (Bilbao) koordiniert.

Zusammenfassung der Tätigkeit 1999

Überwachung der Arbeitsbedingungen 0156

Die Stiftung hat zur Überwachung der Arbeitsbedingungen eine repräsentative Umfrage ausgearbeitet, die seit 1990 in fünfjährigen Intervallen durchführt wird. Diese ergibt harmonisierte Originaldaten zu einer Reihe von Trends hinsichtlich der Arbeitsbedingungen in der EU.

1999 wurde ein erweiterter Fragebogen für die Dritte Erhebung ausgearbeitet. Der Stichprobenumfang wurde erhöht, um Analysen auf sektoraler Ebene durchführen zu können; ferner wurde der Fragebogen um neue Themen und Variablen erweitert, wie z. B. flexible Arbeitszeitmodelle und repetitive Arbeiten, die erhebliche Auswirkungen auf das Berufsleben haben können.

Die Verbreitung der Ergebnisse aus der Zweiten Erhebung über Arbeitsbedingungen wurde 1999 fortgesetzt. Die Erhebung hat wesentlich zur Verringerung des Informationsdefizits über Arbeitsbedingungen beigetragen. Die Umfrageergebnisse werden von einer Reihe europäischer Institutionen umfangreich genutzt, so z. B. von der Kommission, dem Beratenden Ausschuß für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und der Europäischen Dienststelle der Gewerkschaften für Gesundheits- und Sicherheitsfragen (TUTB), von der Agentur in Bilbao, der IAO und verschiedenen Einrichtungen in den Mitgliedstaaten. Damit hat die Arbeit der Stiftung die Debatte über die Qualität des Arbeitslebens beeinflußt und angeregt.

Beschäftigungspolitik und Arbeitsbedingungen 0203

Die 1998 aufgenommenen Forschungsarbeiten basieren auf den Ergebnissen der Zweiten Europäischen Umfrage über Arbeitsbedingungen. Die Umfrage ließ auf eine Ausweitung flexibler Beschäftigungsmodelle und auf eine starke Wechselbeziehung zwischen diesen Modellen und unzulänglichen Arbeitsbedingungen schließen. 1999 wurden die Auswirkungen der Personalpolitik von Unternehmen auf die Arbeitsbedingungen (allgemein definiert und unter Berücksichtigung der Aspekte Gesundheit, Mitwirkung, Fertigkeiten usw.) analysiert und insbesondere die Frage geprüft, inwieweit diese sich auf interne und externe Flexibilität stützt.

Obwohl die statistischen Daten auf einen engen Zusammenhang zwischen atypischen Beschäftigungsmodellen und schlechten Arbeitsbedingungen hinweisen, zeigen sich in differenzierten Ansätzen recht unterschiedliche Situationen. Aus der Erhebung ergeben sich drei wichtige Erkenntnisse: Trotz neuer Herausforderungen (wie einer Kombination von physischen und psychosozialen Risiken) wurden im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am

Arbeitsplatz erhebliche Fortschritte erzielt; Mangel an Information und Ausbildung scheint ein entscheidender Faktor in der bestehenden Diskriminierung hinsichtlich der Arbeitsbedingungen zwischen festangestellten und nicht festangestellten Beschäftigten zu sein; eine flexible Handhabung von Tätigkeiten (mehrere verschiedene Fertigkeiten, Teamarbeit usw.) scheint in europäischen Unternehmen weit verbreitet zu sein, diese wirkt sich jedoch auf die Verminderung von Risiken kaum aus und kann echte Maßnahmen zur Verbesserung von Sicherheit und Gesundheitsschutz nicht ersetzen.

Aus diesem Grunde müssen die Forschungsaktivitäten im Bereich atypischer Beschäftigungsformen (wie Zeit- und Leiharbeitsverträge) in den Mitgliedstaaten verstärkt werden, wobei Themen wie die gesetzliche Definition in den einzelnen Ländern, Arbeitsmarktorganisation/Segmentierung sowie die Dimensionen der Tarifverhandlungen geprüft werden sollten.

Integrationsfördernde Maßnahmen 0161

Aufgrund verschiedener rechtlicher, kultureller und historischer Gegebenheiten sind die Richtlinien für die Beschäftigung Behinderter in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Das Thema Behinderung und Arbeitsplatz bleibt häufig auf Fragen der Mobilität und auf eine Diskussion über Rollstühle beschränkt. Die Bedeutung dieser Themen bei der Gestaltung von Arbeitsplätzen geht jedoch weit darüber hinaus und hat entscheidende Auswirkungen auf die gesamte europäische Wirtschaft und die Erwerbsbevölkerung.

Die Stiftung hat einen Leitfaden auf CD-ROM (*Making Workplaces Accessible – Arbeitsplätze zugänglich machen*) für die Integration Behinderter in die industrielle Arbeitswelt erstellt, der im Jahr 1999 verbreitet wurde. Der Leitfaden ist als Informationsquelle für die Integration Behinderter am Arbeitsplatz gedacht. Ferner beschreibt er politische Initiativen, strategische Pläne und einen Handlungsrahmen zur Verbesserung der derzeitigen Situation und leistet damit einen positiven Beitrag zur Investition der Unternehmen in die Menschen.



Problemkreis

Mitwirkung

Kontext

Mitwirkung steht nach wie vor im Zentrum des sogenannten Europäischen Gesellschaftsmodells. In einer Gesellschaft des raschen Wandels bedarf es einer verstärkten Mitwirkung der wichtigsten Akteure auf sozialem Gebiet an den Entscheidungsfindungsprozessen und bei der Umsetzung von Politiken, um die tiefgreifenden wirtschaftlichen (Liberalisierung, Globalisierung), technischen (Informationsgesellschaft), ökologischen (nachhaltige Entwicklung) und sozialen (größerer Wohlstand bei größerer Ungleichheit) Veränderungen zu bewältigen. Politische Maßnahmen sollten einen Rahmen für wirksame Verfahren „echter“ Beteiligung aufbauen oder fördern, da ein effizienter Wandel, nachhaltige Entwicklung, Anpassungsfähigkeit und sozialer Zusammenhalt maßgeblich von einer echten Einbeziehung abhängen. Als vierteiliger Organisation, der auch die Sozialpartner angehören, kommt der Stiftung eine „natürliche Rolle“ bei diesem spezifischen Ansatz der Europäischen Union zu.

Die Herausforderungen, denen sich die Union gegenüber sieht, haben zu einer Suche nach neuen Ansätzen hinsichtlich der Aufgaben auf individueller und kollektiver Ebene sowie im öffentlichen und privaten Sektor geführt. Es bilden sich neue Rollen für verschiedene Gremien, wie die Sozialpartner, Freiwilligenorganisationen und öffentliche Stellen, heraus, und es entwickeln sich neue Formen der Solidarität, die zu neuen Partnerschaften zwischen den Akteuren auf dem Gebiet von Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik führen.

Die EU stellt sich diesen Herausforderungen durch Stärkung und Umstrukturierung des europäischen Sozialdialogs, Einrichtung und Unterstützung eines zivilen Dialogs mit Hilfe der europäischen sozialpolitischen Foren, durch die Umgestaltung der Strukturfonds in Richtung einer stärkeren Einbindung von Initiativen und Akteuren auf lokaler Ebene und durch die systematische Entwicklung eines „Korporatismus auf europäischer Ebene“ unter Einbeziehung verschiedener Organisationen, der Sozialpartner auf europäischer Ebene sowie anderer nichtstaatlicher Organisationen und Zusammenschlüsse (NRO) im Bereich der europäischen Sozial-, Umwelt- und Beschäftigungspolitik.

Effektivere Mitwirkung ist darüber hinaus eine Voraussetzung für eine aktive demokratische Gesellschaft. Sie ist ein wichtiges Instrument, das die Stärkung der Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit mit gesellschaftlichen Zielen wie größerer Gleichheit, gesellschaftlicher Solidarität, Chancengleichheit, nachhaltiger Entwicklung und besseren Arbeitsbedingungen in Einklang bringen kann. Die angesichts der massiven sozialen und strukturellen Veränderungen in der EU erforderlichen Strategien und die sich daraus ergebenden Optionen erfordern nicht nur eine effizientere Umsetzung der bestehenden Instrumente der Mitwirkung, sondern auch die Ausbildung neuer Strukturen, Maßnahmen und Prozesse zur Einbeziehung anderer wichtiger Akteure. Eine besondere Herausforderung stellt die stärkere Beteiligung der Bürger und Arbeitnehmer an der Basis dar, um Verantwortlichkeit, Transparenz und Demokratie zu stärken und wirksamere Lösungen zu entwickeln, die effizienter umgesetzt werden können.

Die Einbeziehung lokaler Gemeinschaften ist ein wichtiges Prinzip der EU-Städtepolitik, bzw. allgemeiner ausgedrückt, des reformierten Strukturfonds. Im Problemkreis Sozialer Zusammenhalt wurde untersucht, wie die Bürger mit gesellschaftlichen Veränderungen zurechtkommen, sei es bei der Pflege abhängiger Familienangehöriger oder durch aktive Mitgliedschaft bei einer lokalen Gemeinschaft. Eines der praktischen Ziele des von der Stiftung kürzlich herausgegebenen *Handbook for Good Practice* (Handbuch der guten Praxis) besteht darin, die in der Lokalverwaltung tätigen politischen Entscheidungsträger, Budgetverantwortlichen und Sozialpartner stärker auf Gemeinschaftsaktivitäten aufmerksam zu machen; ferner soll aufgezeigt werden, wie Gemeinschaftsaktivitäten in lokale Entwicklungsprojekte eingeplant werden können. 1999 wurde die Verbreitung der Berichte über Bürgerbeteiligung und lokale Partnerschaften fortgesetzt.

Zusammenfassung der Tätigkeit 1999

Glossare und Datenbank zur Beschäftigung und zu den Arbeitsbeziehungen in Europa 0118

Bis 1999 hat die Stiftung zwölf Bände der internationalen Serie veröffentlicht, der 13. Band über Österreich wurde im Dezember 1999 fertiggestellt und wird Anfang 2000 veröffentlicht. Der 14. Band für Schweden ist soweit fertig, daß er übersetzt und redigiert werden kann. Darüber hinaus veröffentlichte die Stiftung im Sommer 1999 eine Übersicht über das System der Arbeitsbeziehungen in acht EU-Mitgliedstaaten. Ein zweiter Band soll Ende 2000 veröffentlicht werden. Außerdem unterhält die Stiftung eine Online-Datenbank (EMIRE), die derzeit aktualisiert und in die Website der Stiftung integriert wird.

Informations- und Beratungsmaßnahmen in multinationalen Unternehmen 0116

Im November 1999 machte die Stiftung über ihre Website eine Sammlung von über 230 gemäß Artikel 13 bzw. Artikel 6 der EBR-Direktive unterzeichneten Vereinbarungen über Europäische Betriebsräte (EBR) zugänglich. Die Vereinbarungen sind in bis zu fünf Sprachen erhältlich. Bis zum Frühjahr 2000 sollen über 400 derartige Abkommen in elektronischer Form zugänglich gemacht werden.

Im Rahmen einer für und mit den Sozialpartnern im April 1999 in Brüssel organisierten Konferenz präsentierte die Stiftung die Ergebnisse ihrer Analyse dieser Abkommen und über die Praxis der Europäischen Betriebsräte. Im September 1999 wurden die Ergebnisse bei einer in der Stiftung in Dublin organisierten Sitzung der größten irischen Gewerkschaft, SIPTU, vorgestellt.



Soziale Auswirkungen der WWU 0200

1999 schlossen sich elf EU-Länder zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zusammen, die 2002 eine gemeinsame Währung (Euro) und einen Binnenmarkt haben soll. Aufgrund dieser großen wirtschaftlichen Veränderungen werden tiefgreifende Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den beteiligten Mitgliedstaaten erwartet. Das vorliegende Projekt soll das Verständnis für die Auswirkungen der WWU auf Arbeitsbeziehungen, Beschäftigung und Arbeitsbedingungen auf europäischer, einzelstaatlicher, sektoraler und Unternehmensebene erhöhen.

1999 wurde eine Analyse auf Unternehmensebene über die Auswirkungen der WWU auf Arbeitsbedingungen, Löhne und Gehälter, Arbeitsorganisation, Personalpolitik und Beschäftigung durchgeführt. Es wurden Fallstudien im Bank- und Transportwesen und in der Metallbranche in folgenden sechs Ländern durchgeführt: Deutschland, Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Spanien und im Vereinigten Königreich.

Europäisches Observatorium für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen – EIRO 0188

Bei EIRO handelt es sich um ein laufendes, serviceorientiertes Projekt, in dessen Rahmen Informationen und Analysen gesammelt, gespeichert und verbreitet sowie regelmäßig vergleichende Studien zu bestimmten Themen durchgeführt werden.

1999 wurden der *EIRO-Jahresbericht* sowie sechs Ausgaben des *EIRO Observer* veröffentlicht, die Beilagen mit vergleichenden Berichten zu folgenden Themen enthielten: Privatisierung und Arbeitsbeziehungen, die Entsendung von Arbeitnehmern und die Durchführung der Richtlinie, die „Europäisierung“ der Tarifverhandlungen, Arbeitsbeziehungen und KMU, Telearbeit sowie Zeit- und Leiharbeit in Europa.

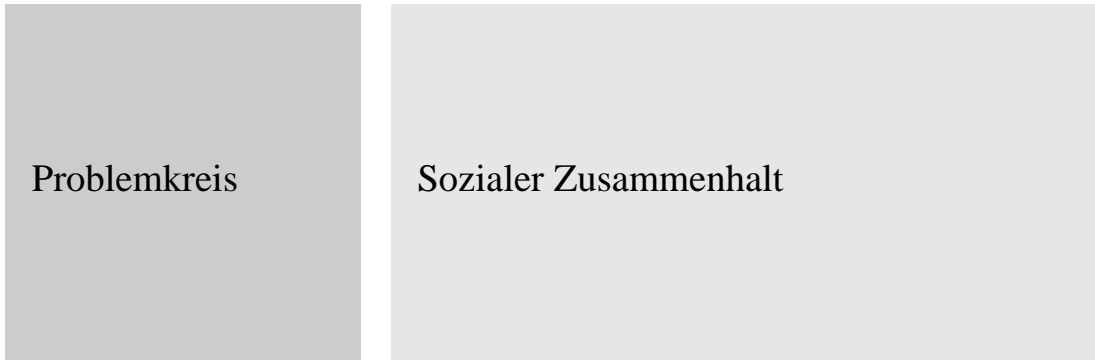
Die elektronische Datenbank EIROonline, das Hauptprodukt von EIRO, konnte eine starke Zunahme der Benutzersitzungen und der Neuanmeldung von Benutzern verzeichnen.

Art und Umfang finanzieller Beteiligung in der EU 0218

Über Art und Umfang sowie wirtschaftliche und soziale Auswirkungen finanzieller Beteiligung und deren Einfluß auf andere Formen der Arbeitnehmerbeteiligung liegen sehr wenig vergleichende EU-weite Informationen vor. Dieses Projekt baut auf den über die jeweiligen Länder verfügbaren, in den Berichten Pepper I und Pepper II enthaltenen Informationen auf und wurde in enger Zusammenarbeit mit der GD Beschäftigung und Soziales entwickelt.

1999 wurden zwei Berichte fertiggestellt. Der erste beschäftigt sich mit dem Verbreitungsgrad finanzieller Beteiligung sowie mit deren Beziehung zu anderen Formen repräsentativer Beteiligung, Arbeitsbeziehungen und verschiedenen Arten direkter Beteiligung. Die unterschiedliche Anwendung finanzieller Beteiligung in elf Mitgliedsländern wurde im Rahmen einer Analyse unter Anwendung mehrerer Merkmale untersucht. Im zweiten Bericht wird ein umfassender analytischer Rahmen für die finanzielle Beteiligung entwickelt.

1999 organisierte die Stiftung gemeinsam mit der Nijmegen Business School einen internationalen Workshop, bei dem Wissenslücken bezüglich der finanziellen Beteiligung in der EU aufgedeckt und mögliche Forschungsthemen für die Zukunft vorgeschlagen wurden; daraus ergab sich die Ausarbeitung einer neuen Studie in 14 Mitgliedsländern. Eine zweite Konferenz über finanzielle Beteiligung in Irland wurde in Zusammenarbeit mit dem EGB, SIPTU und der Europäischen Kommission veranstaltet.



Kontext

Verstärkte Maßnahmen im Bereich sozialer Zusammenhalt sind ein wichtiges Element verschiedener Mitteilungen der Kommission zur Modernisierung des Sozialschutzes und zu den Richtlinien über Beschäftigungspolitik. Darüber hinaus stellen sie ein zentrales Element des Vertrags von Amsterdam, der Agenda 2000 und des Sozialpolitischen Aktionsprogramms der Kommission dar.

Die Stiftung versucht im Rahmen ihrer Arbeit über sozialen Zusammenhalt wirksame und praxisorientierte Strategien gegen die Ausgrenzung zu finden. Sie versucht Ansätze zu stärken, bei denen Erfahrungen aus erfolgreichen innovativen Maßnahmen bei der Umsetzung von Politiken in den Bereichen Beschäftigung, Sozialschutz, Gesundheit und Bildung berücksichtigt werden.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Rolle verschiedener Akteure gewidmet, die mit der Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung von Politiken befaßt sind. Das Programm beschäftigt sich insbesondere mit der Rolle von Personen, die als Nutzer von Dienstleistungen und als Bürger benachteiligt sind sowie mit deren Interaktion mit Behörden und Dienstleistungseinrichtungen. Weiterhin konzentriert sich die Stiftung in ihrer Arbeit auf den Beitrag der Sozialpartner, und zwar sowohl in ihrer Rolle bei der Entwicklung funktionierender Sozialsysteme (zur Integration hinsichtlich Beschäftigung und Sozialschutz) als auch bezüglich ihrer Beteiligung an Initiativen zur Bekämpfung von Ausgrenzung auf lokaler Ebene, sei es am Arbeitsplatz oder in der Gemeinschaft.

Eines der praktischen Ziele des vor kurzem von der Stiftung veröffentlichten *Handbook for Good Practice* (Handbuch der guten Praxis) besteht darin, die in den Lokalverwaltungen tätigen politischen Entscheidungsträger, Budgetverantwortlichen und Sozialpartner auf die Aktivitäten lokaler Gemeinschaften aufmerksam zu machen und ihnen vor Augen zu führen, wie die Aktivitäten von Gemeinschaften in Entwicklungsprojekte auf lokaler Ebene eingeplant werden können. Die Verbreitung von Berichten zur Arbeit über Bürgerbeteiligung und lokale Partnerschaften wurde in diesem Jahr fortgesetzt.



1999 wurden die Ergebnisse von Forschungsarbeiten über Maßnahmen zur Weiterbeschäftigung und Reintegration von Arbeitnehmern ausgewertet. Es wurden Leitfäden veröffentlicht, die auf Erfahrungen aus dem Projekt über Arbeitsmarktberatung (Eurocounsel) und über den Abbau von Altersbarrieren am Arbeitsmarkt aufbauten. Sie wurden jeweils in fünf weitere Sprachen, darunter Finnisch, übersetzt und während der finnischen Präsidentschaft verbreitet. Die Eurocounsel-Leitfäden wurden für die Verwendung in einem Leonardo-Fernlehrgang über den Zugang zu Beratungsmöglichkeiten freigegeben. Gemeinsam mit Ministerien, Pensionsversicherungen und Sozialversicherungseinrichtungen in Finnland wurde eine Konferenz über „Aktive Strategien angesichts einer alternden Erwerbsbevölkerung“ veranstaltet. Der Konferenzbericht wurde bei einer Konferenz über „Aktives Altern“ vorgestellt, die von der Kommission anlässlich des von den Vereinten Nationen ausgerufenen Jahres einer Gesellschaft für alle Altersgruppen veranstaltet wurde.

In allen Projekten über sozialen Zusammenhalt werden auch Geschlechterfragen angesprochen, und somit leisten die Ergebnisse auch einen Beitrag zum Problemkreis Chancengleichheit. Die Arbeit über den Zugang zur Beschäftigung und über die Förderung der Mitwirkung beinhaltet ferner Elemente, die einen direkten Bezug zu den jeweiligen Problemkreisen im Arbeitsprogramm der Stiftung haben. Im Rahmen der Projekte wird versucht, einen integrierteren Ansatz bei der Behandlung von Lebens- und Arbeitsbedingungen und der Lebensqualität am und außerhalb des Arbeitsplatzes zu erzielen. Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat nichts von seiner Bedeutung verloren und war Gegenstand von Seminaren, einem vom Europäischen Netzwerk für Familie und Arbeit veröffentlichten Papier und von Beiträgen zur Eurolink-Age-Initiative über Arbeit und Pflege.

Die Arbeit der Stiftung auf diesem Gebiet hat weite Verbreitung gefunden. So sind acht von zehn Länderstudien für das Projekt über lokale Partnerschaften als Bücher in den jeweiligen Ländern erschienen, Material aus der Forschung über Altersbarrieren wurde vom Ausschuß des Deutschen Bundestages zu den Folgen demographischer Veränderungen sowie im „Zukunftsbericht“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung verwendet; weiters leistete die Forschung einen Beitrag zur Stellungnahme des Ausschusses der Regionen über „Eigeninitiative“ aus Anlaß des Internationalen Jahres für alle Altersgruppen. Ergebnisse des Projekts über den Umgang von Unternehmen mit älteren Arbeitnehmern wurden dem britischen Arbeitgeberforum für Altersfragen und dem Europäischen Verband der Personalleiter vorgestellt. Der Bericht „Linking Welfare and Work“ (Wohlfahrt und Arbeit verbinden) wurde für Gewerkschaftsschulungen im Vereinigten Königreich und in Irland verwendet.

Das Arbeitsprogramm 1999 konzentrierte sich auf das Umdenken im Bereich Sozialschutz und Sozialdienste. Es besteht jedoch ein starker Bezug zu Arbeitsmarktfragen, die auch durch einige neue Aspekte der beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU für das Jahr 2000 betont werden: präventiver Ansatz, Übergang von passiven zu aktiven Beschäftigungsmaßnahmen und aktive Politiken zur Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer.

Zusammenfassung der Tätigkeit 1999

Integrierte Ansätze in der aktiven Sozial- und Beschäftigungspolitik 0194

Dieses Projekt konzentriert sich auf die Koordinierung aktiver Sozial- und Beschäftigungspolitiken. Es geht auf die Erfahrungen von Personen im erwerbsfähigen Alter ein, die Sozialhilfe bzw. ein Mindesteinkommen beziehen. Für diese Gruppe gibt es verstärkt Aktivierungsmaßnahmen sowie Bemühungen seitens der Beschäftigungs- und Sozialschutzeinrichtungen, wie z. B. Arbeitsämter, Sozialämter usw., und häufig wird auch Unterstützung durch Wohnungsämter, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und andere Stellen angeboten.

Im Dezember fand ein erstes Treffen von Forschern aus den elf Teilnehmerländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, den Niederlanden, Portugal, Spanien und dem Vereinigten Königreich) statt. Die Forschung soll praxis- und problemlösungsorientiert angelegt sein. Es sollen Politiken und Dienstleistungen auf allen Ebenen der Planung, Erbringung, Beobachtung und Evaluierung untersucht sowie Mechanismen einer wirksamen Koordinierung von Aktivierungsmaßnahmen ermittelt und ihre Auswirkungen auf die Klienten geprüft werden.

Bei einer Sitzung von Exspro (Social Exclusion and Social Protection – Soziale Ausgrenzung und Sozialschutz), einem Forschungsprogramm im Rahmen der sozioökonomischen Schwerpunktforschung, das soziale Ausgrenzung und soziale Schutzmaßnahmen zum Gegenstand hat, wurde ein Überblick über das Projekt präsentiert. Diese Sitzung fand im Rahmen der im November 1999 während der finnischen Präsidentschaft abgehaltenen Konferenz über die Finanzierung des Sozialschutzes statt.

Die einzelstaatlichen Berichte sollen in der ersten Jahreshälfte 2000 abgeschlossen werden, und der zusammenfassende europäische Bericht über dieses Projekt wird im Herbst vorliegen. Es ist ferner eine vergleichende Broschüre über Mindesteinkommensmodelle geplant.

Qualität des Arbeitslebens und der öffentlichen Sozialdienste 0209

Die verstärkte Einbeziehung der Benutzer sowie eine bessere Integration und Koordination der Dienste und die Sicherstellung der Qualität sind Eckpfeiler jüngster Entwicklungen auf dem Gebiet der Sozialdienste. Die derzeit durchgeführte Forschung untersucht besonders die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Arbeitsbedingungen der Bediensteten und auf die Qualität der den Benutzern angebotenen Leistungen. Es werden insbesondere Veränderungen in den öffentlichen Sozialdiensten hinsichtlich der Bedürfnisse von drei Gruppen untersucht: ältere, alleinlebende Menschen, junge Arbeitslose und geistig kranke oder geistig behinderte Erwachsene.

1999 wurden die einzelstaatlichen Berichte für die zehn teilnehmenden Länder fertiggestellt. Darüber hinaus wurden Forschungsprojekte in den fünf übrigen Mitgliedsländern durchgeführt, um wichtige Veränderungen und politische Innovationen in den jeweiligen öffentlichen Sozialdiensten zu analysieren. In den Studien wird besonderes Augenmerk auf Reform- und Modernisierungsinitiativen und auf die daraus folgenden Auswirkungen auf die Beschäftigung gelegt. Sie untersuchen Auswirkungen auf Arbeitsbedingungen und die Erbringung der Dienste und schließen auch Befragungen ein, um die Leistungen aus der Sicht der Hauptbeteiligten, nämlich der Politiker, der Bediensteten und der Netze von Benutzern in ganz Europa zu beurteilen. Der zusammenfassende europäische Bericht über dieses Projekt enthält einen Überblick über die wichtigsten EU-Politiken im Bereich Sozialschutz, Beschäftigung, Chancengleichheit und soziale Ausgrenzung. Das Schlüsselmaterial wurde den Beispielen vorbildlicher Praktiken und den auf einzelstaatlicher Ebene durchgeführten Fallstudien entnommen.

Vorläufige Ergebnisse aus diesem Projekt wurden zur Vorbereitung einer vom Deutschen Verband für öffentliche und private Wohlfahrt im September in Frankfurt abgehaltenen Expertenkonferenz zum Thema „Benutzer von Sozialdiensten: vom Klienten zum Kunden“ verwendet. Einige der Ergebnisse wurden beim Europäischen Gerontologie-Kongreß vorgestellt.



Problemkreis

Nachhaltige Entwicklung

Kontext

Das Arbeitsprogramm der Stiftung in diesem Bereich wurde diversifiziert und spiegelt nun die umfassendere Bedeutung des Begriffs „nachhaltige Entwicklung“ wider, wie sie auch in den drei fortlaufenden Projekten des Vierjahres-Turnusprogramms zum Ausdruck kommt: nachhaltige Gestaltungsansätze und neue Formen der Verbreitung des Nachhaltigkeitsgedankens, wirtschafts- und steuerpolitische Instrumente zur Verbesserung der Umwelt und des Arbeitsumfeldes und berufsbezogene Bildung im Bereich Umweltmanagement.

Die Umstellung auf nachhaltige Entwicklung hat in den letzten zehn Jahren auf globaler, europäischer und einzelstaatlicher Ebene wachsende Bedeutung erlangt. Dies kommt im Vertrag über die Europäische Union (Maastricht, 1992), der das Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung als eines der Hauptziele der Union beschreibt, sowie im Vertrag von Amsterdam (1997) zum Ausdruck. Letzterer fordert die Einbeziehung von Umweltüberlegungen in die Definition und Umsetzung aller anderen Wirtschafts- und Sozialpolitiken und Maßnahmen der Union; eine Forderung, die während der finnischen Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte ausführlich analysiert und diskutiert wurde.

Die Stiftung verfolgt einen selektiven Ansatz und konzentriert sich auf spezifische Themen im Bereich nachhaltige Entwicklung, zu denen sie aufgrund ihrer Struktur und engen Beziehungen zu den Sozialpartnern und Regierungen einen signifikanten Beitrag leisten kann.

Ausgehend von diesen Überlegungen wurden für das Vierjahres-Turnusprogramm 1997-2000 nachhaltige Formen der Produktion und des Verbrauchs als zentrale Themen der Arbeit der Stiftung in diesem Bereich ausgewählt. Im einzelnen geht es um eine Sensibilisierung und Verhaltensänderung, um die Auswirkungen neuer Instrumente und Aktionen in bestimmten Branchen sowie um die Weiterentwicklung der gemeinsamen Verantwortung und Mitwirkung der Hauptakteure bei der Förderung und Umsetzung von Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung.

Der Einsatz wirtschafts- und steuerpolitischer Instrumente zur Verbesserung der Umweltleistung ist eine zunehmend populäre politische Alternative zum traditionellen regulativen Ansatz; viele Regierungen haben in den letzten Jahren Umweltsteuern und Abgaben in verschiedenen Bereichen eingeführt. Neue Fertigkeiten und Qualifikationen werden bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und in der nachhaltigen Entwicklung zunehmend als *sine qua non* angesehen. Daher ist es nicht verwunderlich, daß allgemeine und berufliche Bildung im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit der Überprüfung des Fünften Umweltaktionsprogramms der EU zu einem der vorrangigen Bereiche erklärt wurde.

Zusammenfassung der Tätigkeit 1999

Gestalterische Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung 0204

1999 wurde der Bericht *Design for Sustainable Development: Practical Examples of SMEs* (Gestalterische Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung: Praktische Beispiele aus KMU) veröffentlicht, in dem die Situation europäischer Klein- und Mittelbetriebe und ihre Einstellung zur Nachhaltigkeit untersucht werden, insbesondere die Gründe, warum sich die neuen Ideen und Praktiken in den KMU relativ langsam durchsetzen. Der Bericht behandelt grundsätzliche Fragen in diesem Zusammenhang, beschreibt das breite Spektrum von EU-Initiativen zur Unterstützung von KMU bei der Umstellung auf nachhaltige Produktion und nachhaltigen Konsum und illustriert 25 nachhaltig wirtschaftende KMU auf der ganzen Welt.

Weitere Themen dieses fortlaufenden Forschungsprojekts waren erneuerbare Ressourcen (insbesondere landwirtschaftliche Ressourcen außerhalb der Lebensmittelproduktion, wie z. B. Hanf und Flachs), die gesundheitlichen Aspekte der Arbeitnehmer im Bereich der nachhaltigen Produktion und Dienstleistungen und die Verfügbarkeit von Unterstützungsmaßnahmen für KMU und Kleinstbetriebe. In diesen drei Bereichen wurden 1999 Berichte fertiggestellt.

Ferner wurde eine Broschüre mit dem Titel *Nachhaltige Entwicklung: Praktische Initiativen für politische Entscheidungsträger und Sozialpartner* veröffentlicht, in der die von der Stiftung mittels verschiedener Medien (gedruckte Publikationen, Softwaretools, Online-Verzeichnisse und elektronische Publikationen) durchgeführten Initiativen aufgelistet und beschrieben sind, mit denen versucht wurde, die Erfordernisse einer nachhaltigen Produktion aus der Sicht der Sozialpartner zu behandeln.

1999 wurden dem Online-Bereich über nachhaltige Entwicklung (susdev.eurofound.ie) auf der Website der Stiftung vier neue Online-Verzeichnisse hinzugefügt: die erweiterte Version eines Verzeichnisses über Netzwerke im Bereich nachhaltige Entwicklung und ein Konferenzverzeichnis, ferner eine Datenbank über Instrumente im Bereich nachhaltige Entwicklung und ein Verzeichnis über berufliche Aus- und Weiterbildungskurse auf diesem Gebiet. Mit Hilfe des dynamischen Informationsmediums World Wide Web werden diese Online-Verzeichnisse regelmäßig aktualisiert und sind mit interaktiven Schnittstellen ausgestattet, die eine Registrierung und Übermittlung von Beiträgen seitens der Leser ermöglichen.

Ein Informationsblatt mit dem Titel *Sustainable Development Online* (Nachhaltige Entwicklung Online) wurde veröffentlicht und verbreitet und stellte ein wichtiges Element in der Werbekampagne für die neuen Web-Initiativen dar.

Wirtschaftspolitische Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung 0205

Die Arbeit der Stiftung konzentriert sich in diesem Bereich auf die Möglichkeit, Anreize zur Verbesserung der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer (die Arbeitsumgebung) und der Umwelt zu integrieren. Der zu Beginn des Jahres 1999 veröffentlichte Bericht *Economic*



Instruments for Sustainable Development: Improving the External and Working Environments (Part 1) (Wirtschaftspolitische Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung: Verbesserung der Umwelt und des Arbeitsumfeldes – Teil 1) beleuchtet die Verbindungen zwischen diesen beiden Bereichen und untersucht politische Maßnahmen auf ihre unterstützende und stärkende Wirkung. Es handelt sich hierbei um eine Sondierstudie, die eine Synthese der bestehenden wirtschaftspolitischen Anreize und möglicher zukünftiger Entwicklungen darstellt und auch einen Rahmen für die Analyse der Auswirkungen solcher Modelle auf die Beschäftigung vorschlägt. Die Arbeit stützt sich auf Erfahrungen in Irland und Deutschland.

Für den Ende 1999 veröffentlichten Nachfolgebericht *Economic Instruments for Sustainable Development: Improving the External and Working Environment (Part 2)* wurde der Forschungsrahmen auf acht Fallstudien aus vier Mitgliedsländern – Italien, Frankreich, Dänemark und Portugal – erweitert.

Berufsbezogene Bildung für eine nachhaltige Entwicklung im Zusammenhang mit KMU 0206

Dieses Projekt beschäftigt sich mit den spezifischen Ausbildungserfordernissen der Klein- und Mittelbetriebe (KMU), da man festgestellt hat, daß die besonderen Bedürfnisse dieses Sektors im Moment nicht erfüllt werden. Es werden bestehende Ausbildungsstrukturen, Institutionen und Lehrpläne sowie gegenwärtige Regelungen untersucht und Trends auf lokaler/regionaler, einzelstaatlicher und europäischer Ebene ermittelt. Weiterhin werden praktische Möglichkeiten für neue Maßnahmen und Initiativen geprüft, einschließlich der Möglichkeiten, das bestehende Bildungsangebot für KMU leichter zugänglich zu machen.

Nach Fertigstellung der nationalen Studien für das Vereinigte Königreich, die Niederlande, Dänemark und Schweden im Jahr 1998 wurden 1999 neue einzelstaatliche Studien in Belgien, Frankreich und Deutschland durchgeführt und abgeschlossen, und es wurde mit den Forschungsarbeiten für eine letzte Studienreihe über Spanien und Italien begonnen.

Der Bericht *Training in Environmental Management – Industry and Sustainability* (Umweltmanagementtraining – Industrie und Nachhaltigkeit) wurde 1999 veröffentlicht. Hier werden frühere Forschungsarbeiten der Stiftung über die Umwelt- und Personalpolitik in Unternehmen zusammengefaßt, in deren Rahmen auch die Ausbildungserfordernisse des mittleren und unteren Managements und von einfachen ArbeitnehmerInnen ermittelt wurden.

Europäische Konferenz der Sozialpartner zum Thema nachhaltige Entwicklung 0213

Nach umfangreichen Vorbereitungsarbeiten im Jahr 1998 veranstaltete die Stiftung im Februar 1999 eine zweitägige europäische Konferenz zur Rolle der Sozialpartner in der nachhaltigen Entwicklung. Mehr als 50 Forscher und Vertreter von Sozialpartnern nahmen an den Präsentationen, Debatten und Diskussionen teil. Bei der Konferenz wurde die Rolle der Sozialpartner im Bereich nachhaltige Entwicklung definiert; ferner wurden die Teilnehmer angesichts der Überprüfung des Fünften Aktionsprogramms der EU für den Umweltschutz und der Ausarbeitung des neuen Vierjahres-Turnusprogramms der Stiftung im Jahr 2000 um Feedback darüber gebeten, welche Schwerpunkte die Stiftung in diesem Bereich in der Zukunft setzen soll.

Es wurde eine Zusammenfassung mit den wichtigsten auf der Konferenz abgegebenen Empfehlungen veröffentlicht; gleichzeitig mit der gedruckten Version wurde im Sommer 1999 eine Online-Version des Konferenzberichts veröffentlicht, der Zusammenfassungen aller Präsentationen und Diskussionen in den jeweiligen Arbeitsgruppen enthält.



Problemkreis

Koordination, Austausch, Informations-
erfassung und -verbreitung

Kontext

Eine Hauptaufgabe der Stiftung besteht darin, ihre Arbeit dem Zielpublikum, bestehend aus politischen Entscheidungsträgern, Sozialpartnern und Vertretern der Praxis sowie einem breiter gestreuten Publikum aus Wissenschaftlern und Vertretern der Öffentlichkeit, zur Verfügung zu stellen. Die Stiftung wurde ins Leben gerufen, um Wissen zu fördern und zu verbreiten. Sie nimmt ihre Aufgabe, dieses Ziel mittels ihrer Informationspolitik zu verfolgen, sehr ernst. Einzelheiten zu den Informationsaktivitäten der Stiftung im Jahr 1999 sind den Anhängen zu diesem Bericht zu entnehmen. Es folgt ein Überblick über diesen Bereich.

Durch die Weiterentwicklung ihres elektronischen Veröffentlichungssystems und die Rationalisierung des Verbreitungsverfahrens war die Stiftung 1999 in der Lage, die Bearbeitung und Verteilung von Informationen noch effektiver zu gestalten. Hinzu kamen Vorbereitungen für eine „Ressourcen-Datenbank“, in der alle Forschungsergebnisse der Stiftung gespeichert und so für eine Wiederverwendung und Multimedia-Veröffentlichungen leichter zugänglich gemacht werden sollen.

Die Stiftung nimmt in der Kommunikation mit europäischen Institutionen, politischen Entscheidungsträgern und Sozialpartnern eine aktive Rolle ein. 1999 präsentierte sie auf Konferenzen während der deutschen und finnischen Präsidentschaft ihre Arbeit und organisierte Pressekonferenzen und informelle Treffen. Zusammen mit der Europäischen Kommission veranstaltete sie eine Reihe von Pressekampagnen, in deren Rahmen die EPOC-Studie (*Employee direct Participation in Organisational Change* – Direkte Arbeitnehmerbeteiligung im organisatorischen Wandel), Forschungsergebnisse über Arbeitsbedingungen und Altern und die ersten Ergebnisse der Erhebung über Beschäftigungsoptionen der Zukunft präsentiert wurden. Ferner wurden im Lauf des Jahres ausgewählte Projekte und Publikationen in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften im ganzen EU-Raum vorgestellt.



In der Stiftung wird derzeit ein formelleres Verfahren der Qualitätskontrolle, insbesondere im Hinblick auf technische Verträge wie Webdienste und elektronische Veröffentlichungen, entwickelt. Es wurde ein Pilotprojekt über Qualitätsmanagement in der Stiftung ins Leben gerufen, das u. a. Verträge im Bereich Forschung, Information und Informationstechnologie umfaßt.

Zusammenfassung der Tätigkeit 1999

Informationsdienste und -systeme 0169

Informationszentrum/Bibliotheksdienst

Die Stiftung verfügt über einen fundierten und professionell geführten Wissensbestand zu ihren speziellen Interessensgebieten. Die MitarbeiterInnen beantworten eine steigende Zahl von Anfragen externer Nutzer und machen dabei umfassenden Gebrauch von den elektronischen Informationsquellen und automatischen Systemen. Durch die Website der Stiftung hat sich die Art der Anfragen verändert; diese sind nun vorwiegend forschungsbezogen. 1999 wurden fast 5 000 Anfragen bearbeitet, wobei der Bearbeitungsprozeß von den MitarbeiterInnen rationalisiert wurde. Darüber hinaus erstellte die Stiftung 1999 eine Bibliotheks-Intranetseite, die als Informationsquelle für die MitarbeiterInnen und insbesondere als Hilfe beim Zugang zu Ressourcen im Internet dienen soll.

Die Internetseiten der Stiftung

Die im Juni 1998 eingerichtete Website der Stiftung, www.eurofound.ie, ist zu einer wichtigen ersten Anlaufstelle für Informationen über die Stiftung, ihre Arbeit und ihre Veröffentlichungen geworden. Der Großteil der Informationen ist auf Englisch und Französisch abrufbar; zahlreiche Gratispublikationen der Stiftung können in bis zu elf Sprachen heruntergeladen werden. Die Zahl der Zugriffe ist stark gestiegen. Derzeit werden bis zu 10 000 Benutzersitzungen pro Monat verzeichnet; Ende 1998 waren es 3 500. Es wurden auch ein Online-Bestellsystem für Publikationen und ein Registrierungssystem entwickelt, das uns einen gewissen Aufschluß über unsere Benutzer gibt.

Innerhalb der allgemeinen Website wurden eine Reihe von Subsites entwickelt, insbesondere die Seite über Working Conditions Online (www.eurofound.ie/themes/health/workingcond.html), die Informationen aus der Zweiten Europäischen Erhebung über Arbeitsbedingungen enthält, sowie Sustainable Development Online (www.eurofound.ie/themes/sustainability/sdonline.html), eine Informationsquelle über Initiativen der Stiftung und anderer Stellen im Bereich nachhaltige Entwicklung, sowie eine Website über Abkommen der Europäischen Betriebsräte (www.eurofound.ewc.html).

Die Ressourcen-Datenbank

Dieses Projekt soll der Stiftung die geeignete Infrastruktur liefern, um ihre Forschungsergebnisse in vollem Umfang nutzen zu können. Dies soll z. B. durch Abrufen von Informationen in Beantwortung spezifischer Anfragen, durch Veröffentlichung nach Bedarf sowie durch Erstellen von Dokumenten erfolgen, die auf Intranets oder andere interne Informationssysteme von EU-Institutionen, Sozialpartnern und Regierungsstellen heruntergeladen werden können. Weiters sollen Zusammenfassungen oder ganze Dokumente via Internet für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

1999 wurden als Vorbereitung zur Einrichtung des elektronischen Archivs und Veröffentlichungssystems die Systemerfordernisse definiert sowie interne Prozesse und Workflows analysiert.

Programm für mehrsprachige Veröffentlichungen/elektronische Veröffentlichungen 0173

Bei diesem Programm, das in enger Zusammenarbeit mit unserem Verleger, dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, durchgeführt wird, geht es um die Verwaltung und Veröffentlichung von Forschungsergebnissen in gedruckter und elektronischer Form. 1999 erschienen insgesamt 92 Veröffentlichungen. Diese sind, nach den sechs Problemkreisen eingeteilt, in Anhang 7 aufgelistet. 1999 wurde das Veröffentlichungsprogramm für das EPOC-Projekt und für das Projekt über Chancengleichheit und Tarifverhandlungen in der EU abgeschlossen. Die Endprodukte anderer Projekte werden für 2000 erwartet. Der Umfang des Veröffentlichungsprogramms für 1999 bringt sorgfältige Überlegungen darüber zum Ausdruck, was veröffentlicht werden soll und in welcher Form; ferner zeigt es eine zunehmende Betonung auf Qualität bei der Redaktion, der Gestaltung und im Hinblick auf die Erfüllung der Informationsbedürfnisse unseres Publikums.

Die 4-8 Seiten umfassenden „Briefings“ (bzw. Zusammenfassungen) sind derzeit das bevorzugte Instrument zur Verbreitung der wichtigsten Forschungsergebnisse und politischen Empfehlungen. Statt eines Briefings pro Bericht werden diese nun zu bestimmten Themenkreisen erstellt. Sie werden in alle Amtssprachen der EU übersetzt und können auch von unserer Website heruntergeladen und gedruckt werden. Die zusammenfassenden europäischen Berichte werden in verschiedenen Sprachenkombinationen veröffentlicht, um eine wirksame Verbreitung an unser Kernpublikum sicherzustellen.

Die gemeinsame Herausgabe sowie Lizenzabkommen mit kommerziellen Verlegern und Forschungsinstituten in ganz Europa spielen weiterhin eine wichtige Rolle in der Informationspolitik. 1999 publizierte die Stiftung gemeinsam mit Sweet & Maxwell und Kluwer Law International. Etwa 17 Lizenzabkommen mit Verlegern in neun Ländern stellten eine weitere Verbreitung unserer Informationen an das Publikum in den einzelnen Ländern sicher.

Ein Netz von Verkaufsstellen des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften bietet eine Auswahl von Publikationen der Stiftung an; 1999 wurden 1 997 Exemplare verkauft. Auf der Website der Stiftung wurde ein mit den Verkaufsstellen verknüpft Online-Bestellsystem entwickelt. Der Veröffentlichungskatalog auf der Website der Stiftung gewährt direkten Zugang zu den Gratispublikationen; der Großteil davon kann direkt heruntergeladen werden. Im Bereich elektronische Offline-Veröffentlichungen wurden drei CD-ROM produziert. Eine davon enthält den ganzen Text aller 1998/99 produzierten Publikationen und wurde speziell für die europäischen Dokumentationszentren (ein Netz von etwa 800 Bibliotheken, die Exemplare aller vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften veröffentlichten Dokumente lagern) hergestellt.

Werbung und Öffentlichkeitsarbeit 0180

***Communiqué* – das Mitteilungsblatt der Stiftung**

Das Mitteilungsblatt der Stiftung, *Communiqué*, wurde 1999 zehnmal veröffentlicht. In Artikeln, Interviews und Berichten wurden die Arbeit der Stiftung und Beiträge zu Veranstaltungen behandelt. Das Zielpublikum der Stiftung wurde so über die laufende Arbeit informiert, was auch weiteres Interesse und Anfragen zur Folge hatte.

Pressearbeit

Die europäische Presse berichtete 1999 über die Arbeit in allen Problemkreisen. Gezielte Presseaktivitäten gab es zu folgenden Projekten: die Erhebung über Beschäftigungsoptionen der Zukunft, EPOC, Überwachung der Arbeitsbedingungen, Europäische Betriebsräte und das Altern der Erwerbsbevölkerung.



Auf Pressekonferenzen in Deutschland, Schweden und Finnland wurden erste Ergebnisse der Erhebung über Beschäftigungsoptionen der Zukunft vorgestellt. Diese Erhebung war auch Gegenstand von Pressekampagnen in Belgien, Griechenland, Italien und Österreich. Weitere Presseaktivitäten gab es im Hinblick auf das EPOC-Projekt, über das es eine beachtliche Anzahl von Berichten, besonders in Irland, Italien, Deutschland, Griechenland, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich, gab. Über die Einrichtung der Website zu den Europäischen Betriebsräten wurde in Deutschland, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich und Irland berichtet. Es gab auch zahlreiche Erwähnungen der Zweiten Europäischen Umfrage über Arbeitsbedingungen. Weiterhin stieß die zukünftige Zusammenarbeit mit europäischen Organisationen auf Interesse, in deren Rahmen die Arbeit und das Ansehen der Stiftung durch Presseaktivitäten gefördert werden sollen.

Verbreitung

Veröffentlichungen zu Forschungsergebnissen der Stiftung wurden mit Hilfe einer Adressenliste, die in das vom Amt für amtliche Veröffentlichungen vor einigen Jahren ins Leben gerufene Datenbank-Adreß-System integriert ist, an verschiedene Interessensgruppen verbreitet. Die etwa 17 000 Einträge umfassende Liste wird von den MitarbeiterInnen der Stiftung verwaltet und muß ständig aktualisiert und erweitert werden, um größtmögliche Genauigkeit zu gewährleisten. Dieses für die Bestimmung unseres Zielpublikums sehr wichtige Instrument wurde zur Verbreitung von 149 Berichten in verschiedenen Sprachen verwendet.

Die Stiftung versandte auch Berichte, Zeitschriften und Kataloge direkt an internationale Konferenzen, Tagungen und andere Veranstaltungen und versorgte ausgewählte Gruppen mit spezifischen Informationen. So wurden Mitteilungen über die Neuauflage der Zeitschrift *BEST* (Europäische Zeitstudien) und über die Subsite zu den Europäischen Betriebsräten an Organisationen versandt, die mit diesen Entwicklungen direkt befaßt sind.

Die Stiftung führt auch ein Verbreitungsprogramm in folgenden mittel- und osteuropäischen Ländern durch: Estland, Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn und Slowenien. Es wurden Dossiers erstellt, die allgemeine Informationen über die Stiftung sowie spezifischere Informationen über folgende vier Bereiche enthalten, die für diese Länder von besonderem Interesse sind: Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, die Gleichbehandlung von Frauen und Männern, den sozialen Dialog und das Arbeitsrecht. Diese Unterlagen wurden übersetzt und sollen über ein Netz von bestehenden Informationsstellen in den Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen in diesen Ländern verteilt werden.

Marketing- und PR-Aktivitäten

Die allgemeinen PR-Aktivitäten umfaßten Broschüren und Informationsblätter für bestimmte Veranstaltungen sowie gezielte Mailshots vor und nach der Teilnahme an Veranstaltungen im Rahmen der Präsidenschaften und anderen internationalen Veranstaltungen. Mitarbeiter der Stiftung waren auf 26 Veranstaltungen in 16 Städten mit Informationsständen vertreten. 1999 wurde in allen EU-Mitgliedsländern eine gezielte Werbekampagne zu EIRO und zu den Informationsquellen der Stiftung über Arbeitsbeziehungen durchgeführt. Es wurde neues Ausstellungsmaterial in Auftrag gegeben, das bei einer Reihe von Konferenzen/Ausstellungen Verwendung finden soll. Das ganze Jahr über wurden in der Stiftung Informationsvorträge für Gruppen und Einzelpersonen aus den wichtigsten Zielgruppen der Stiftung durchgeführt.

■ Anhänge

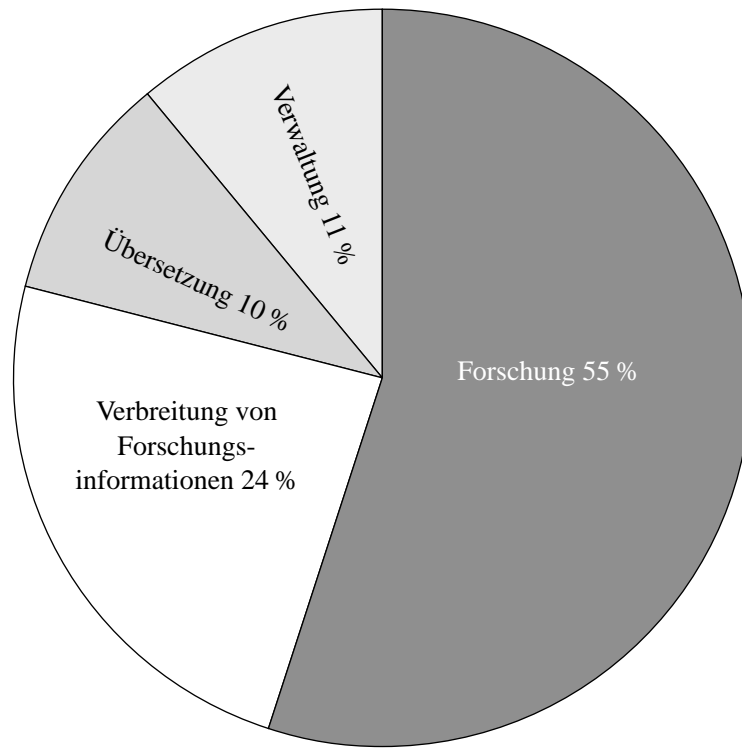
1. Haushaltsplan der Stiftung für 1999
2. Verwaltungsrat
3. Sachverständigenausschuß
4. Bedienstete der Stiftung
5. Veranstaltungen der Stiftung 1999
6. Internationale Konferenzen 1999
7. Veröffentlichungen der Stiftung



Zusammenfassung der Ausgaben für das Haushaltsjahr 1999 (in Euro)

	INSGESAMT	TITEL 1	TITEL 2	TITEL 3
		Personal- ausgaben	Verwaltungs- ausgaben	Betriebsausgaben Lebens- und Arbeitsbedin- gungen
<i>Mittelbereitstellung</i>				
Endgültige Mittel für das Haushaltsjahr 1999	14 800 000	7 100 000	1 500 000	6 200 000
Zunahme gegenüber 1998	5,7 %	2,9 %	36,4 %	3,3 %
<i>Verwendung der Mittel</i>				
Mittelbindung	14 517 408	6 989 738	1 374 756	6 152 914
Zur Annullierung anstehender Betrag	282 592	110 262	125 244	47 086
Verwendungsrate	98,1 %	98,4 %	91,7 %	99,2 %
Annullierungsrate	1,9 %	1,6 %	8,3 %	0,8 %
<i>Verwendung der aus 1998 übertragenen Mittel</i>				
Höhe der nach Artikel 6.1(c) der Finanzvorschriften übertragenen Mittel	3 219 686	78 516	222 543	2 918 626
Zahlungen aus Mittel- übertragungen	3 048 327	66 813	117 145	2 864 369
Zur Annullierung anstehender Betrag	171 359	11 703	105 398	54 257
Verwendungsrate	94,7 %	85,1 %	52,6 %	98,1 %
Annullierungsrate	5,3 %	14,9 %	47,4 %	1,9 %

Haushaltsrechnung 1999 – Funktionelle Analyse



Auf Basis veranschlagter Aufwendungen

**Anhang 2****Verwaltungsrat**
(Stand 31. Dezember 1999)**Vorsitzender des Verwaltungsrats**

Jan Willem Van den Braak
Arbeitgebergruppe

**Stellvertretende Vorsitzende des
Verwaltungsrats**

Marc Boisnel
Regierungsgruppe

Marjaana Valkonen
Arbeitnehmergruppe

Odile Quintin
Europäische Kommission

**VertreterInnen der Europäischen
Kommission**

Mitglied
Odile Quintin
GD Beschäftigung und Soziales

Mitglied
Constanza Adinolfi
GD Umwelt

Mitglied
Andrew Sors
GD Forschung

KoordinatorInnen

Arbeitgebergruppe
Olivier Richard
UNICE

Stellvertretender Koordinator

Bernard Le Marchand
FEMGD

Arbeitnehmergruppe

Willy Buschak
EGB

Stellvertretender Koordinator

Roger Sjøstrand
EGB

Stellvertretendes Mitglied

Gabrielle Clotuche
GD Beschäftigung und Soziales

Stellvertretendes Mitglied**Stellvertretendes Mitglied**

Ronan O'Brien
GD Forschung

Anhang 2 (Fortsetzung)

Verwaltungsrat (Stand 31. Dezember 1999)

Vertreter der Regierungen			Vertreter der Arbeitgeber		Vertreter der Gewerkschaften	
STAAT	MITGLIED	STELLVERTRETER/IN	MITGLIED	STELLVERTRETER/IN	MITGLIED	STELLVERTRETER/IN
Belgien	M. de GOLS Ministère de l'Emploi et du Travail	L. van HAMME Ministerie van Tewerkstelling en Arbeid	J. van HOLM Verbond van Belgische Ondernemingen	R. WAEYAERT NCMV	H. FONCK A C V - CSC	C. CYPRES Fédération Générale du Travail de Belgique
Dänemark	L. ADLER Arbejdsministeriet	T. MØLSTED JØRGENSEN Arbejdsministeriet	A.J. PEDERSEN Dansk Arbejdsgiverforening	P. LAURENTS Deputy Director SALA	A. BENDIXEN FTF	J.T. RASMUSSEN LO i Danmark
Finnland	M. SALMENPERÄ Arbeitsministerium	T. ALASOINI Arbeitsministerium	T. SAUKKONEN Finnischer Industrie- und Arbeitgeberverband	J. SUUTARINEN Arbeitgeberverband des Dienstleistungssektors	M. VALKONEN SAK	P. HARJUNEN STTK
Frankreich	M. BOISNEL Ministère du Travail, du Dialogue Social et de la Participation	A. VILLALONGA Ministère de l'aménagement du territoire et de l'environnement	J. COMBE CEEP	E. JULIEN MEDEF	J.-P. PEULET CFDT	M. DECAYEUX CGT-FO
Deutschland	W. KOBERSKI Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	B. BARTH Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung	J.R. HAGEDORN Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	R. HORNUNG-DRAUS Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	D. POUGIN Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand	R. DOMBRE Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand
Griechenland		D. TANGAS Arbeitsministerium	E. TSOUMANI-SPENTZA Griechischer Industriellenverband	E. TSAMOUSOPOULOS Griechischer Industriellenverband	S. LEMOS Allgemeiner Griechischer Arbeitnehmerverband	D. MOSCHOGIANNIS GSEE Arbeitszentrum Rhodos
Irland	W. JESTIN Department of Enterprise, Trade and Employment	M. O'DONOGHUE Department of Environment and Local Government	A. GIBBONS Irish Farmer's Association	C. McCONNELL Irish Business and Employers Confederation IBEC	J. SHANAHAN Manufacturing, Science & Finance Trade Union – MSF	L. BERNEY Irish Congress of Trade Unions (ICTU)
Italien	M. T. FERRARO Ministero del Lavoro	M. BIAGI	C. TERRANELO Confindustria	C. del MONTE Confindustria	A. MASETTI U I L	G. MALASPINA C G I L

Anhang 2 (Fortsetzung)

Verwaltungsrat (Stand 31. Dezember 1999)

Vertreter der Regierungen			Vertreter der Arbeitgeber		Vertreter der Gewerkschaften	
STAAT	MITGLIED	STELLVERTRETER/IN	MITGLIED	STELLVERTRETER/IN	MITGLIED	STELLVERTRETER/IN
Luxemburg	J. ZAHLEN Ministère du Travail	P. WEBER Ministère du travail	N. WELSCH Société Nationale des Chemins de Fer Luxembourgeois	N. SOISSON Fédération des Industriels Luxembourgeois — FEDIL	N. HOFFMANN Lëtzebuenger Chrëschtliche Gewerkschafts-Bond (LCGB)	R. PIZZAFERRI Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg (OGB-L)
Österreich	U. NEUFANG Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	B. STIMMER Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	H. BRAUNER Industriellenvereinigung	C. PARAK Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs	R. CZESKLEBA ÖGB	G. STEMBERGER Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
Niederlande	C.J. VOS Ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid	W.L.J. van de GRIENDT Ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid	J.W. VAN DEN BRAAK VNO-NCW	A.G. JOOSTEN Federatie van Land- en Tuinbouworganisaties LTO	W. SPRENGER Federatie Nederlandse Vakbeweging	H. BRÜNING Christelijk Nationaal Vakverbond (CNV)
Portugal	J. BRITO XAVIER IDICT Instituto de Desenvolvimento e Inspeção das Condições de Trabalho	H. GIL Ministério do Ambiente	A. COSTA ARTUR Confederação do Comércio e Serviços de Portugal (CCP)	L. A. GARCIA FERRERO MORALES Associação Industrial Portuguesa	J. DIONISIO C G T P	J. de DEUS GOMES PIRES UGT Portugal
Spanien	I. MATÍA PRIM Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales	C. BRIONES GONZÁLEZ Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales	M.A. ASENJO DORADO Confederacion Nacional de la Construccion (CNC)	M.J. GONZALEZ FERNANDEZ S E P I	C. MARTÍN URRIZA Confederación Sindical de Comisiones Obreras	I. SAGARNA ODRIOZOLA Solidaridad de Trabajadores Vascos (ELA/STV)
Schweden	O. PERSSON Ministerium für Industrie, Beschäftigung und Kommunikation	M. FOYER Ministerium für Soziale Angelegenheiten	M-L. THORSÉN LIND Schwedischer Arbeitgeberverband S A F	E. JANNERFELDT Schwedischer Arbeitgeberverband S A F	M. BREIDENSJÖ Schwedischer Angestellten- verband TCO	C. NILSSON Schwedischer Gewerkschaftsbund LO
Vereinigtes Königreich	R. BARTHOLOMEW Department for Education and Employment	P. SAUNDERS Department of the Environment	M. BAMFORTH Confederation of British Industry (CBI)	K. LEISHMAN Confederation of British Industry (CBI)	D. FEICKERT Trade Union Congress (TUC)	S. PERMAN Trade Union Congress (TUC)
EWR-EFTA	Beobachter					
	T. KJELDSBERG Ministerium für Lokalverwaltung und Regionale Entwicklung NORWEGEN		K. SKJØLAAS Verband der Norwegischen Industrie NORWEGEN		A. KALLEVIG Norwegischer Gewerkschaftsbund NORWEGEN	

Anhang 3

Sachverständigenausschuß

Belgien

Marc Heselmans
Ministerie van Tewerkstelling en Arbeid

Niederlande

Wout L. Buitelaar
Universität Amsterdam

Deutschland

Norbert Altmann
Institut für
Sozialwissenschaftliche Forschung e.V.

Spanien

Carmen Ortega Jiménez
Dirección General de Acción Social, del
Menor y de la Familia

Portugal

António Casimiro Ferreira
Colégio de S. Jerónimo

Luxemburg

Jean-Paul Demuth
Association d'assurance contre les
accidents, section industrielle

Schweden

Bengt Furåker
Universität Göteborg

Irland

noch nicht nominiert

Österreich

Michaela Moritz
Österreichisches Bundesinstitut für
Gesundheitswesen (ÖBG)

Vereinigtes Königreich

Jane Millar
Universität Bath

Finnland

Jouko Nätti
Universität Jyväskylä Dänemark
Anders Rosdahl
Socialforskningsinstitutet

Italien

Silvana Sciarra
Università Europea di Firenze

Griechenland

Christina Theochari
Athens Labour Centre

Frankreich

Françoise Piotet
Université de Paris I-Panthéon Sorbonne

Beobachter:

Norwegen
Tore Nilssen
SINTEF IFIM

Anhang 4

Bedienstete der Stiftung
(Stand 31. Dezember 1999)**DIREKTION**

Eric Verborgh, Geschäftsführender Direktor
Eberhard Koehler
Wendy O'Conghaile
Annick Menzies
Catherine Cerf

OPERATIONELLE DIENSTSTELLE

Charlotte Kjær Andersen
Martine Deasy
Hanne Hansen
Patricia Kingston
Ann McDonald
Mariangela Testa (auch Sprachendienst)

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG**Gruppe A**

Pascal Paoli
Raili Dahlberg
Sarah Farrell
José María Fernández
Christine Gollin
Henrik Litske
Sophia MacGoris
Leontine Mastenbroek
Michel Miller
Matthieu de Nanteuil*
Filomena Oliveira*
Dimitrios Politis

Gruppe B

Robert Anderson
Aoife Caomhanach
Pio Carotenuto*
Maria Correira-Barbosa
Stavroula Demetriades
Camilla Galli da Bino
Timo Kauppinen
Inma Kinsella
Hubert Krieger
Agnes Parent-Thirion
Sylvaine Recorbet
Teresa Renehan
Gemma Sanchez

**INFORMATION, DOKUMENTATION UND
VERBREITUNG****Informationssysteme und -dienste**

Fiona Murray
Gabriele Felsterl (auch Sprachendienst)
Chrysanthe Moschonaki (auch
Sprachendienst)

Marie O'Meara
Barbara Schmidt
Jan Vandamme

Veröffentlichungen

Mattanja de Boer
Martin Flynn
Philip Ireland
Anne Jalkanen (auch Sprachendienst)
Hilary O'Donoghue
Colm O'Neill

Außenbeziehungen und PR

Brid Nolan
Roseanna Creamer
Sean Griffin
Doris Hirschfeld

Sprachendienst

María Barreiro
Cécile Deneys
Cristina Frawley
Brigitte Mariacher
Jacques Prieu
Evangelos Psaroudakis

**VERWALTUNG, PERSONAL UND TECHNISCHE
DIENSTE**

Terry Sheehan
Heather Brown
Linda Byrne
Raymond Comerford
Michael Cosgrave
Elisabeth Gouilleux-Cahill
Jim Halpenny
Ewan Hogan
Dolores McCarthy
Mary McNeice
Brian Moore
Louise Shanley
Sally Anne Sloan

* Abgeordnete Nationale Sachverständige

Anhang 5

Veranstaltungen der Stiftung 1999

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG		
Beschäftigung		
Die Zukunft der Arbeit in der Informationsgesellschaft (0110) – E. Köhler, T. Kauppinen, S. Demetriades		
14.-15. Januar	Seminar (grenzüberschreitende Fragen der Telearbeit)	Dublin
22.-24. September	Konferenz	Aarhus
22.-24. November	Seminar (in Zusammenarbeit mit dem Schwedischen Institut für das Arbeitsleben)	Dublin
Arbeitsplätze in Kleinstunternehmen in der EU (0201) – F. Oliveira, E. Köhler		
22.-23. April	Seminar (in Zusammenarbeit mit dem Schwedischen Institut für das Arbeitsleben)	Dublin
Innovative Formen der Arbeitsorganisation (0115) – E. Köhler, T. Kauppinen, K. O’Kelly		
17.-20. Mai	6. Europäische Konferenz über die Ökologie der Arbeit	Bonn
Beschäftigungsoptionen der Zukunft (0152) – E. Köhler, T. Kauppinen, M. Heikkinen		
13. Oktober 1999	Konferenz über Arbeitszeit	Helsinki
Innovative Tarifverträge und dreiseitige Vereinbarungen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Wettbewerbsfähigkeit (0211) – H. Krieger, K. O’Kelly		
9. Dezember	Seminar	Brüssel
Chancengleichheit		
Arbeitsorganisation und die Geschlechterfrage (0216) – K. O’Kelly, H. Krieger		
21.-22. September	Konferenz	Dublin
Chancengleichheit und Tarifverhandlungen in den Mitgliedstaaten der EU (0188) – M. Latta, H. Krieger		
16. Februar	Gemeinsame Konferenz von Stiftung und SIPTU	Dublin
Sozialer Zusammenhalt		
Aktive Strategien angesichts einer alternden Erwerbsbevölkerung (0214) – R. Anderson		
12.-13. August	Konferenz	Turku
Mitwirkung		
Art und Umfang finanzieller Beteiligung in der Europäischen Union (0218) – K. O’Kelly, H. Krieger		
9.-10. September	Seminar	Dublin
22. September	Konferenz	Dublin
Nachhaltige Entwicklung		
Die Rolle der Sozialpartner in der nachhaltigen Entwicklung (0213) – J. Pedersen, H. Litske		
25.-26. Februar	Konferenz	Dublin

EUROPÄISCHES OBSERVATORIUM FÜR DIE ENTWICKLUNG DER ARBEITSBEZIEHUNGEN (EIRO)		
Europäisches Observatorium für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen (0188) – E. Köhler, T. Kauppinen, M. Carley [bis Juni 1999], N. Wood [verstorben], F. Murray, B. Schmidt, S. Demetriades		
5. März	9. Sitzung des EIRO-Lenkungsausschusses	Brüssel
7.-8. Oktober	10. Sitzung des EIRO-Lenkungsausschusses und Sitzung der nationalen Zentren	Dublin
DISKUSSIONSPROGRAMM		
Sitzungen des Verwaltungsrats und seiner Gruppen (0001)		
12. Februar	Vorstand	Brüssel
25.–26. März	Verwaltungsrat	Dublin
28. Mai	Vorstand	Brüssel
23.–24. Juni	Regierungsgruppe	Dublin
24.–25. Juni	Arbeitgebergruppe	Dublin
5.–6. Juli	Arbeitnehmergruppe	Dublin
9. Juli	Vorstand	Brüssel
24. September	Vorstand	Brüssel
11. November	Vorstand und Gruppensitzungen	Dublin
12. November	Verwaltungsrat	Dublin
Sitzungen des Sachverständigenausschusses (0002)		
6.-7. Juli	Sachverständigenausschuß	Dublin
10. November	Sachverständigenausschuß	Dublin
Informationsaustausch mit mittel- und osteuropäischen Ländern (0145) – K. O'Kelly, E. Köhler T. Kauppinen, F. Oliveira, P. Carotenuto, M. Miller		
27.-29. September	Seminar	Dublin
18.-21. Oktober	Seminar	Dublin
INFORMATIONSERFASSUNG UND -VERBREITUNG		
Verwendung von Informationsquellen über Arbeitsbeziehungen in Europa – F. Murray		
25.-27. Februar	Gemeinsamer Workshop von Stiftung/EGB/EGI	Dublin

Anhang 6

Internationale Konferenzen 1999

Januar

13.-14. Seminar zu Work Life 2000 – Arbeitsumfeld und Gesundheit (Stockholm), organisiert vom Schwedischen Institut für das Arbeitsleben. P. Paoli hielt einen Vortrag über „Arbeitsbedingungen und Politiken im Bereich Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz“.

22. Workshop über Arbeitsbedingungen in Europa (Madrid), organisiert von INSHT. P. Paoli hielt einen Vortrag über „Arbeitsbedingungen in Europa“.

Februar

4.-5. Seminar über den institutionellen Wandel in der Europäischen Union, organisiert vom LSCI-CNRS. M. de Nanteuil hielt einen Vortrag über „Politiques d’emploi et de flexibilité dans le cadre de l’UE“.

16.-17. Seminar über die Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor (Brüssel), organisiert von der Europäischen Kommission, GD für Beschäftigung und Soziales (P. Carotenuto)

19. Seminar über die nationalen Aktionspläne (Brüssel) und Redaktionssitzung von *Transfer*, organisiert vom EGI (K. O’Kelly)

19.-20. Nordflex-Seminar im Rahmen des Projekts über flexible Unternehmen der OECD (Stockholm). T. Kauppinen hielt einen Vortrag über das WWU-Projekt.

25.-26. Work Life 2000 (Bilbao), organisiert von der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. P. Paoli hielt einen Vortrag über „Im Dienste der politischen Entscheidungsträger: Umfragen über Arbeitsbedingungen“.

28. Konferenz über die Europäischen Betriebsräte (Brüssel), organisiert vom EGB (T. Kauppinen)

März

11.-12. Konferenz über Arbeit und Streß (Baltimore), organisiert vom Amerikanischen Psychologenverband. R. Anderson leitet die Sitzung über „Sozialpolitik und Absentismus“.

11.-13. Konferenz über Arbeit, Streß und Gesundheit (Baltimore), organisiert vom Amerikanischen Psychologenverband. P. Paoli hielt zwei Vorträge: „Psychosoziale Streßfaktoren am Arbeitsplatz und ihre gesundheitlichen Auswirkungen: die europäische Dimension“ sowie „Ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse und Gesundheit“

12. Kolloquium über „Effets et méfaits de la modernisation dans la crise“ (Paris), organisiert von Eresmo. M. de Nanteuil hielt einen Vortrag über „Politiques de qualification en France“.

12.-13. 4. Europäischer Kongreß der CPE: Veränderungen der Risiken am Arbeitsplatz und die Antwort der Regulierungsbehörden (Turin), organisiert von der Association européenne d’inspecteurs du travail (CPE)/Società nazionale operatori della prevenzione (SNOP). J. Costa hielt einen Vortrag zum Thema „Veränderungen in der Arbeitswelt in Europa infolge der wirtschaftlichen Integration: Daten und Meinungen“.

30. Konferenz über das Altern am Arbeitsplatz (Paris), organisiert von ANVIE. P. Paoli hielt einen Vortrag über „Unternehmenspolitik angesichts einer alternden Erwerbsbevölkerung“.

30. Ausschuß für Soziale Angelegenheiten und Beschäftigung (Brüssel), Europäisches Parlament. F. Oliveira hielt einen Vortrag

über „Arbeitsplätze in Kleinstunternehmen in der EU“.

April

- 14.-15.** Ausschuß für Beschäftigung des EGB (Brüssel), organisiert vom EGB. M. Latta hielt einen Vortrag über Arbeitsmarktbeteiligung.
- 15.** Konferenz des Wirtschafts- und Sozialausschusses über „Die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien für 1999“ (Nürnberg) (M. de Nanteuil)
- 15.-16.** Europäischer Wettbewerb über Anreize für Chancengleichheit und familiengerechte Maßnahmen im Beruf – Chancengleichheit (Düsseldorf), organisiert von der Deutschen Präsidentschaft und der GD Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission (M. Latta)
- 15.-17.** Frauen und Entscheidungsfindung: Chancengleichheit (Paris), organisiert von der GD Beschäftigung und Soziales, Europäische Kommission. M. Latta hielt einen Vortrag (M. de Nanteuil)
- 16.** Sitzung zum Thema „Beratung bei Streß am Arbeitsplatz“ (Luxemburg), organisiert von der Europäischen Kommission (J. Costa)
- 21.-23.** EURAG Konferenz (Graz). Informationsstand der Stiftung (A. Caomhanach, D. Hirschfeld)
- 22.-23.** Städtische Verwaltung (Oslo), organisiert von der European Urban Studies Association. R. Anderson hielt einen Vortrag über Bürgerbeteiligung bei der Stadterneuerung.
- 23.-24.** ATD 4. Internationale Konferenz über den Austausch von Wissen (Paris) (A. Parent-Thirion)
- 29.-30.** Konferenz über neue Formen der Arbeitsorganisation und die Informationsgesellschaft (Brüssel), organisiert im Rahmen des ADAPT-Programms der Europäischen Kommission (K.O’Kelly)
- 30.** Seminar über Kapitalbeteiligung und Mitwirkung (Brüssel), organisiert von der

Federation of Employed Shareholders (K. O’Kelly)

Mai

- 5.** Seminar über Benchmarking-Politiken für nachhaltige industrielle Entwicklung der hochrangigen Benchmarking-Gruppe (Brüssel), organisiert von der GD Industrie, Europäische Kommission (H. Litske)
- 6.-7.** Round Table Konferenz der Kommission über soziale Einbeziehung (Brüssel), organisiert von der Europäischen Kommission (R. Anderson; A. Parent-Thirion)
- 12.-13.** Internationale Konferenz des Netzwerks gegen sexuelle Belästigung (Preston), M. Latta hielt einen Vortrag über „Tarifvereinbarungen und die Vermeidung sexueller Belästigung am Arbeitsplatz“.
- 19.-20.** Europäisches Forschertreffen der IVSS über Sozialschutz (Luxemburg) (R. Anderson)
- 19.-21.** Konferenz über Initiativen und Dienstleistungen im Sozialbereich (Aachen), organisiert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (P. Carotenuto)
- 20.-21.** Konferenz über Arbeit und Wohlfahrt (Löwen), organisiert von HIVA. R. Anderson und A. Parent-Thirion stellen die Arbeit der Stiftung vor. Informationsstand der Stiftung (A. Caomhanach)
- 20.-22.** Konferenz des IREC (Industrial Relations in the European Communities – Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Gemeinschaft) (Aix-en-Provence). K. O’Kelly berichtete über die derzeit laufende EPOC-Umfrage. E. Verborgh nahm an einer Podiumsdiskussion teil.
- 27.-28.** Journeys beyond Boundaries (Ballymena), organisiert von der Ballymena Partnership. R. Anderson stellte die Arbeit der Stiftung vor.
- 31.-2.** Juni Konferenz über Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz (Bonn), organisiert von BAU, Dortmund.

R. Anderson stellte die Arbeit der Stiftung vor.

Juni

2.-3. Netzwerkgruppe über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (Bilbao), organisiert von der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. J. Costa hielt einen Vortrag über die 3. Europäische Erhebung über Arbeitsbedingungen.

7. Konferenz der Sozialpartner: Einbeziehung Behinderter in das normale Arbeitsumfeld (Köln), organisiert von EGB, UNICE, CEEP. J. Costa präsentierte die Ergebnisse des Projekts über die Beschäftigung Behinderter in KMU.

8. Erster Internationaler Kurs über Umweltmanagement, Gesundheit und Sicherheit (Eckerö), organisiert vom Nordic Institute for Advanced Training in Occupational Health (H. Litske)

9. Seminar über Telearbeit im Rahmen des Sozialen Dialogs (Brüssel), organisiert von der GD Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission. E. Köhler stellt die Ergebnisse des Projekts über Telearbeit vor.

14.-15. Trends im Bereich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (Bilbao) (P. Paoli)

15.-16. Sitzung der Internationalen Gruppe über Qualität und Vorhandensein unterstützender Dienste für KMU (Brüssel), organisiert von der Schwedischen Stiftung für Forschung im Bereich der Kleinbetriebe. F. Oliveira hielt einen Vortrag zum Thema Arbeitsplätze in Kleinstunternehmen in der EU.

15.-18. Dritte Ministerkonferenz über Umwelt und Gesundheit (London), organisiert von der Weltgesundheitsorganisation. H. Litske sprach zum Thema „Wirtschaftspolitische Instrumente im Bereich Gesundheit und Umweltmanagement“.

16.-19. Seminar für mittel- und osteuropäische Länder über

Beschäftigungsstrategien zur Förderung des sozialen Zusammenhalts (Budapest), organisiert vom Europarat. K. O’Kelly hielt einen Vortrag zum Thema „Produktivität am Arbeitsplatz und soziale Einbindung: die Herausforderung der Marktwirtschaft“ und fungierte als allgemeiner Berichterstatter für das Seminar.

18. Konferenz über ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse (Rom), organisiert von der CGIL. P. Paoli hielt einen Vortrag zum Thema „Ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse in Europa“.

24.-25. OECD-Seminar über lokale Partnerschaften (Belfast) (R. Anderson)

28.-2. Juli EGB-Kongreß (Helsinki), organisiert vom EGB. M. Latta hielt einen Vortrag zum Thema „Tarifvereinbarungen und Chancengleichheit“ (T. Kauppinen, E. Verborgh; M. Latta)

29. Europäische Sommerschule zum Thema öffentliche Gesundheit (Luxemburg). J. Costa präsentierte die Ergebnisse der 2. Europäischen Erhebung über Arbeitsbedingungen und Politiken zur Gesundheit am Arbeitsplatz.

Juli

1.-2. Developing Poverty Measures: Forschung in Europa, (Bristol), organisiert von der Universität Bristol (A. Parent-Thirion)

2. Eröffnung einer Dienststelle für Präventivmaßnahmen der öffentlichen Verwaltung Kataloniens (Barcelona). J. Costa stellte die Ergebnisse der 2. Europäischen Erhebung über Arbeitsbedingungen und Gesundheitspolitiken am Arbeitsplatz vor.

2.-3. Sitzung des Redaktionskomitees von Transfer (Helsinki), organisiert vom EGB (K. O’Kelly)

5. Seminar der gemeinsamen Forschungsstelle über das Projekt „Futures“ (Brüssel) (R. Anderson)

- 6.** International Council on Social Welfare, Expertentagung zur Einbeziehung von Nutzern (Frankfurt) (R. Anderson)
- 7.-11.** IV. Europäischer Gerontologie-Kongreß (Berlin) (R. Anderson)
- 8.-11.** 11. Internationale Sozioökonomie-Konferenz (Madison, USA), organisiert von der Society for the Advancement of Socio-Economics (T. Kauppinen)
- 12.** Sommerschule der Universität Alicante (Alicante). P. Paoli hielt eine Vorlesung über die 2. Erhebung über Arbeitsbedingungen.
- 20.** Europäisches Netzwerk für Arbeitsorganisation (Brüssel). (E. Verborgh; K. O'Kelly)
- 28.** Sitzung über Beratungsmaßnahmen bei Streß am Arbeitsplatz, organisiert von der Europäischen Kommission (Luxemburg). (J. Costa)

August

- 18.-21.** Jahrestagung der European Sociological Association (Europäischer Soziologenverband) (Amsterdam). M. Latta hielt einen Vortrag zum Thema „Die Mitwirkung von Frauen bei Tarifverhandlungen“ und „Strategien zur Vereinbarung von Beruf und Familie – Tarifverhandlungen über flexible Arbeitsmodelle“.
- 25.-27.** Konferenz SE99 – Sustainable Entrepreneurship in the 21st Century (Nachhaltige Unternehmen im 21. Jahrhundert) (Helsingborg). H. Litske sprach über die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in KMU.

September

- 9.** Seminar über „Job Insecurity and Work Intensification“ (Cambridge), organisiert vom Queens College der Universtität Cambridge (M. de Nanteuil)
- 9.-10.** 1 9èmes Journées de l'Association d'Economie Sociale (Paris) (A. Parent-Thirion)
- 16.-17.** Eröffnungskonferenz COST A13: Telematik (Brüssel), organisiert von der

Europäischen Kommission (A. Parent-Thirion)

22.-24. 6. Symposium über Europäische Sozialpolitik (Bonn), organisiert von der GD Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission und dem BDA. E. Köhler referierte über die Rolle der Stiftung.

22.-24. 6. Europäische Tagung über Telearbeit und neue Arbeitsmethoden (Aarhus) (T. Kauppinen)

23. Konferenz des Economic and Social Research Council zum Thema „Understanding Change in British Families and Household“ (London) (R. Anderson)

23.-25. Comité français de service social et d'action sociale – colloque européen: une Europe pour tous (Lille) (A. Parent-Thirion)

29.-1. Oktober Verona Initiative – Expertenkonferenz über Investitionen in die Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz: Richtlinien zur Beschlußfassung (Verona) (R. Anderson)

30. -1. Oktober Ministerkonferenz über Chancengleichheit und Beschäftigungspolitik (Helsinki), organisiert von der finnischen Präsidentschaft. W. O'Conghaile hielt einen Vortrag nach einem Dokument von M. Latta und W. O'Conghaile über „Wünsche, Einschränkungen und Wahlmöglichkeiten – wie Männer und Frauen in der EU Privatleben und Beruf vereinbaren“.

Oktober

- 1.** Verwaltungsratsitzung des Übersetzungszentrums (Luxemburg) (E. Verborgh)
- 5.-8.** Unabhängiges Leben für abhängige ältere Menschen (Helsinki), organisiert vom finnischen Ministerium für Gesundheit und Soziales (R. Anderson)
- 6.-10.** Konferenz über Arbeitsmodelle und Sozialschutz (Limassol), organisiert vom European Institute of Social Security (P. Carotenuto)

7.-8. 16th Symposium international du travail et du bien-être (Houthalen), organisiert vom Arbeitsministerium. P. Paoli hielt einen Vortrag zum Thema „Arbeitsbedingungen in Europa“.

11.-12. Konferenz über Arbeitszeitfragen im Rahmen der finnischen EU-Präsidentschaft (Helsinki). T. Kauppinen hielt einen Vortrag über Arbeitszeit (M. Latta, M. de Nanteuil).

13. Seminar über die Zukunft der Arbeit, (Brüssel), organisiert vom EGI (K. O’Kelly)

13.-14. Sitzung des Transfer-Redaktionskomitees (Brüssel), organisiert vom EGI (K. O’Kelly)

15.-16. Première Convention des représentants de la société civile (Brüssel), organisiert von Ecosoc (E. Verborgh)

17.-19. Die Bedeutung von Institutionen für soziale Stabilität und Demokratie (Ravello), organisiert von IAO, GD XIII und IPL. H. Krieger hielt einen Vortrag.

21.-22. Konferenz über die Auswirkungen technologischer Innovationen auf die Arbeitsorganisation (Oporto), organisiert von der Europäischen Kommission und IDICT (K. O’Kelly)

21.-22. EWON-Tagung (Oporto), organisiert von der Europäischen Kommission (K. O’Kelly)

26.-27. Sitzung des Beschäftigungsausschusses des Europarats (Straßburg) (K. O’Kelly)

28. Seminar über Arbeitszeit im Rahmen des Bündnisses für Arbeit (Bonn), organisiert von der Deutschen Bundesregierung. E. Köhler stellte das Projekt über Beschäftigungsoptionen vor.

28.-29. „Zeiten der Stadt“ (Mailand), organisiert von Euxceter. M. de Nanteuil leitete die Veranstaltung.

November

3.-4. Seminar über Gesundheit am Arbeitsplatz (Helsinki), organisiert vom Finnischen Institut für Arbeitsmedizin. M. de Nanteuil hielt einen Vortrag über

„Gesundheit am Arbeitsplatz und Arbeitsbedingungen in der EU“.

5.-6. Sustainability-21-Konferenz (Helsinki), organisiert vom Europäischen Beratenden Forum für Umwelt und nachhaltige Entwicklung (J. Hurley)

5.-6. Unternehmensforum (Genf), organisiert von der IAO (F. Oliveira)

5.-7. Seminar über Arbeitszeit und Arbeitsorganisation (Helsinki), organisiert von NIVA (M. de Nanteuil)

7.-9. Konferenz über direkte Mitwirkung (Helsingor), organisiert vom EGB-College. Hauptredner war H. Krieger.

10.-11. Konferenz „Translating and the Computer 21“ (London), organisiert von Aslib (M. Barreiro, B. Mariacher)

13. Symposium über die Entwicklung und Anwendung der Soziologie in der Medizin (London), Royal Holloway + Redford College (R. Anderson)

15.-16. Work Life 2000 Workshop über die Schaffung von Arbeitsplätzen (Brüssel), organisiert vom Schwedischen Institut für das Arbeitsleben und der Universität Halmstad. F. Oliveira hielt einen Vortrag zum Thema „Schaffung von Arbeitsplätzen und Arbeitsplatzqualität in Kleinstunternehmen in der EU“.

15.-16. Konferenz über aktives Altern (Brüssel), organisiert von der GD Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission. R. Anderson war Hauptredner zum Thema „Warum wir länger arbeiten müssen, und wie wir es schaffen können, länger zu arbeiten“. Informationsstand (T. Renehan, A. Caomhanach)

16. EWON-Tagung (Brüssel), organisiert von der Europäischen Kommission (K. O’Kelly, E. Verborgh)

16.-17. Konferenz „Localisation Checkpoint ’99: New Media Localisation: Challenge or Opportunity?“ (Dublin), organisiert von der Universität Limerick (M. Barreiro, C. Frawley, B. Mariacher)

- 22.-23.** Konferenz über die Finanzierung des sozialen Schutzes im Rahmen der finnischen Präsidentschaft (Helsinki) (A. Parent-Thirion, P. Carotenuto)
- 22.-23.** Verwaltungsratsitzung der Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (Bilbao) (E. Verborgh)
- 23.-24.** Europäische Konferenz über lokale Beschäftigungspartnerschaften (Aarhus), organisiert von der Europäischen Kommission, dem Zentrum Kopenhagen, der Regionalverwaltung Aarhus, der Stadt Aarhus und dem Ausschuß der Regionen. Informationsstand der Stiftung (A. Caomhanach, G. Sanchez)
- 24.** Konferenz über finanzielle Beteiligung (Dublin), organisiert vom National Centre for Partnership (K. O'Kelly)
- 25.** Exspro-Tagung (Helsinki). A. Parent-Thirion hielt einen Vortrag zum Thema „Koordinierung von Aktivierungspolitiken für Bezieher von Mindesteinkommen“.
- 25.-26.** Konferenz über die Erforschung von Kleinunternehmen (London), organisiert vom European Institute for Advanced Studies in Management. F. Oliveira war Berichterstatterin bei der Abschlusssitzung.
- 26.** Kolloquium über „40 ans de sociologie du travail“ (Paris) organisiert von Iresco (M. de Nanteuil)
- 29.** Beschäftigungs- und Sozialausschuß des Europaparlaments (Brüssel). E. Verborgh stellte die Arbeit der Stiftung vor.

Dezember

- 2.** Pressekonferenz bei der Vertretung der Europäischen Kommission (Paris) zum Thema „Veränderungen in den Arbeitsbedingungen und das Umgehen mit einer alternden Erwerbsbevölkerung in Europa“. R. Anderson und P. Paoli hielten Vorträge.
- 3.** Seminar über Niedriglöhne und Beschäftigung (Paris), organisiert vom EGI (K. O'Kelly)
- 4.** Sitzung des Redaktionsausschusses von *Transfer* (Paris) (K. O'Kelly)
- 6.** Konstituierende Sitzung der Expertengruppe für die Schaffung einer gemeinsamen Terminologiedatenbank für die Institutionen der EU (Luxemburg), organisiert vom Europäischen Parlament (M. Barreiro)
- 6.-7.** Gemeinsame Sitzung des Europäischen Sozialfonds und EWON zum Thema „Arbeitsorganisation“, (Brüssel), organisiert von der Europäischen Kommission (K.O'Kelly)
- 9.** Seminar über Globalisierung und Flexibilität, organisiert von CNRS (Paris) (M. de Nanteuil)
- 11.-12.** EU-Netzwerk zur Förderung von Gesundheit am Arbeitsplatz (Helsinki). R. Anderson stellte die gegenwärtige und geplante Arbeit der Stiftung vor.

Anhang 7

Veröffentlichungen der Stiftung

Eine vollständige Liste der Veröffentlichungen der Stiftung ist auf der Website der Stiftung <http://www.eurofound.ie> zu finden.

Beschäftigung

Deployment of telework in European public administrations
EN

Economic and monetary union, employment, social conditions and social benefits: A literature survey
EN

Employment and industrial relations in Europe: Volume 1
(Mitherausgeber Kluwer Law International)
EN

European employment and industrial relations glossary: Luxembourg
(Co-publication with Sweet and Maxwell)
EN

European guide for virtual companies: A framework for action (CD-ROM)
DE/EN

New forms of work (Konferenzbericht)
EN

Pacts for employment and competitiveness: Concepts and issues
EN

Chancengleichheit

Erläuterung des Tarifverhandlungsprozesses. Chancengleichheit und Tarifverhandlungen in der Europäischen Union
DE, FR

Innovative agreements: An analysis. Equal opportunities and collective bargaining in the European Union. Report 3
EN

Chancengleichheit stärken und integrieren durch Tarifverhandlungen
ES, DA, DE, EN, FR, IT, NL, PT, FI, SV

Gesundheit und Wohlbefinden

BEST No. 1/1999. Times in the city and quality of life
EN

Changing labour market conditions and health: A systematic literature review (1993-1998)
EN

Beschäftigungsstatus und Gesundheit (Zusammenfassung)
DA, DE, EN, FR, IT, NL, PT, FI, SV

Making workplaces accessible: A guide to the integration of disabled people into industrial workplaces (CD-ROM)
EN

New approaches to improve the health of a changing workforce
EN

Precarious employment and health-related outcomes in the European Union
EN

Mitwirkung

Employment through flexibility: Squaring the circle — Findings from the EPOC survey
EN

EMU and the implications for industrial relations: A select bibliographic review
EN

Verhandlungen zur Einsetzung Europäischer Betriebsräte: Eine Analyse der Vereinbarungen nach Artikel 13
DE, FR, EN

Participating on equal terms? The gender dimensions of direct participation in organizational change
EN

Arbeitnehmerbeteiligung und Gleichberechtigung. Die geschlechts-spezifische Dimension direkter Beteiligung im organisatorischen Wandel (Zusammenfassung)
ES, DE, EN, FR, IT

Useful but unused: Group work in Europe – Findings from the EPOC survey

EN

Nützlich und doch nicht angewandt:

*Gruppenarbeit in Europa
(Zusammenfassung)*

ES, DE, EN, FR, IT

Sozialer Zusammenhalt

*Active strategies for an ageing workforce
(Konferenzbericht)*

EN

*Aktive Strategien für eine alternde Erwerbs-
und Wohnbevölkerung (Zusammenfassung)*

ES, DA, DE, EL, EN, FR, IT, NL, PT, FI, SV

*Employment, family and community
activities: A new balance for women and
men*

EN

Linking welfare and work

EN

*Local community involvement: A handbook
for good practice*

EN, FR

*Managing an ageing workforce: A guide to
good practice*

ES, EN, FR, FI

*Partnerships, participation, investment,
innovation: Meeting the challenge of
distressed urban areas (Konferenzbericht)*

EN

Nachhaltige Entwicklung

Design for integration (CD-ROM)

EN

*Le développement durable dans les espaces
ruraux et côtiers: Expériences et
propositions françaises*

FR

*Economic instruments for sustainable
development: Improving the external and
working environments. Part 1*

EN

Participation in rural development

EN

*Design for sustainable development:
Practical examples of SMEs*

EN

*Nachhaltige Entwicklung: Praktische
Initiativen für politische*

Entscheidungsträger und Sozialpartner

DE, EN, FR

*The role of the social partners in sustainable
development (Konferenzbericht)*

EN

Sustainability in rural and coastal areas:

*The role and impact of infrastructure in
rural and coastal areas*

EN

*Sustainability in coastal zones: The human
element in social, economic and
environmental aspects. Focus on the
Mediterranean basin*

EN

*Training for sustainable development:
Report on a European seminar*

EN

*Training in environmental management:
Industry and sustainability*

EN

Europäisches Observatorium für die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen (EIRO)

EIRO-Jahresbericht 1998

EN

EIRObserver 1/99-6/99

EN

Allgemeines

Communiqué 1/99-10/99

EN/FR

Jahresbericht 1998

ES, DA, DE, EN, FR, IT, NL, PT, FI, SV

Arbeitsprogramm 1999

ES, DA, DE, EL, EN, FR, IT, NL, PT, FI, SV

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Jahresbericht 1999

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2000 – 51 S. – 21 cm x 29,7 cm

ISBN 92-828-9515-7



Europäische Stiftung
zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen
Wyattville Road, Loughlinstown, Co. Dublin, Ireland
Tel. (353-1) 204 31 00 Fax (353-1) 282 64 56



AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

L-2985 Luxembourg

ISBN 92-828-9515-7



9 789282 895153